

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Freitag, den 4. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis für den Abonnenten: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
Bekannt für die hochgehaltene Solange aber deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 20 Pf., (unvollständig) 10 Pf., (Stellenangebote und Stellenanzeigen) das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Steuerfragen.

III.

Innerhalb der im letzten Artikel nachgewiesenen Schranke für die Besteuerung ergibt sich aber für die sozialdemokratische Steuerpolitik ein weites Feld. Es gilt erstens zu verhüten, daß der Arbeitslohn durch Steuern noch weiter gekürzt wird; also Mehrwertsteuern, keine Arbeitssteuern! Zweitens aber müssen auch die Mehrwertsteuern so eingerichtet werden, daß sie die Formen des Mehrwerts in volkswirtschaftlich zweckentsprechender Weise treffen.

Der Lohn kann nun von zwei Seiten getroffen werden: durch die Besteuerung des Einkommens (direkte Einkommensteuer, vor deren Einführung auch durch spezielle Lohnsteuern), oder durch indirekte Steuern auf den Aufwand des Haushaltes des Lohnarbeiters. Ueber die indirekten Steuern und die gleichartig belastend wirkenden Zölle braucht in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden, um so weniger, da wir nach der klassischen Darstellung Lassalles durch zwei Schriften von E. Bumm und J. Karzki über die seitherige Entwicklung und die Wirkung des Ausbaues des Systems der indirekten Steuern trefflich unterrichtet werden. Hier genügt die Erinnerung, daß indirekte Steuern das Mittel der herrschenden Klassen sind, die Lasten der Erhaltung des Staates von sich abzuwälzen; daß sie das Einkommen um so härter treffen, je geringer das Einkommen ist; daß sie drittens einen Verstoß darstellen, den Steuerträger über seine Leistung zu täuschen, indem der Steuerbetrag im Preis des Produkts verborgen bleibt. Aber nicht die Art der Steuererhebung ist das Wesentliche, sondern ihre Wirkung. Und die Begbesteuerung eines Teiles des Lohnes wird um nichts besser, wenn sie direkt durch Lohn- oder Einkommensteuer, als wenn sie indirekt durch Lebensmittelsteuern bewirkt wird. Mit Recht sagt Renner:

„Die Summe der Löhne (das variable Kapital) einer Volkswirtschaft dient zur Konsumtion der notwendigen Lebensmittel, zur Wiedererneuerung der gesamten gesellschaftlichen Arbeitskraft. Steuern auf den Lohn beeinträchtigen diese Wiedererneuerung (Reproduktion) unter allen Umständen, auch wenn sie direkt gezahlt werden. Eine allgemeine Einkommensteuer kann also niemals gerechtfertigt sein, die Einkommensteuer muß das Lohnneinkommen ausnehmen. Die bloße Freihaltung des Existenzminimums (also von 900 M. wie in Preußen) erzieht den prinzipiellen Ausschluß des Lohnneinkommens nicht. Wenn in einem Produktionszweig (etwa Landwirtschaft) der Lohn nur 1000 M., in einem andern (z. B. Maschinenindustrie) aber 2000 M. ausmacht, so sagt die Tatsache dieser Löhne allein schon, daß zur Wiederherstellung der Arbeitskraft dort weniger, da mehr unentbehrlich ist: Ein Maschinenarbeiter in Industriezentrum braucht zum Leben höheres Vergeld als ein Landarbeiter. Und nach wirtschaftlichen Gesetzen ist jedermanns Durchschnittslohn sein meist dürftigstes Existenzminimum. Es gibt keinen ziffermäßig fixierbaren Betrag für ein Minimum. Das Lohnneinkommen ist also schlechterdings ausnahmslos. Und nicht etwa bloß deshalb, weil man aus humanitären Gefühlen den armen Arbeiter nicht um einen Teil seines verdienten Lohnes berauben soll, sondern schon aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung, ja der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“ (S. 37.)

Die Freilassung des Arbeitslohnes bedeutet natürlich nicht den Ausschluß alles dessen, was wie Lohn ansieht, in Wirklichkeit aber kein Lohn ist, wie Gehalt, Provision, die Lantien usw. Höhere Besoldungen können der direkten Einkommensteuer unterworfen werden, das macht die direkte Besteuerung des Arbeitslohnes noch lange nicht gerechtfertigt.

Aber die ungerechtfertigte Belastung der Arbeitseinkommen ist nicht der einzige Mangel einer allgemeinen Einkommensteuer. Auch als Mehrwertsteuer hafter ihr der Mangel an, daß sie die verschiedenen Arten des Mehrwertes nicht unterscheidet. Es ist aber klar, daß Grundrenten- und Zinseinkommen eine höhere steuerliche Belastung vertragen können als der Unternehmergewinn, dessen Höhe unter sonst gleichen Umständen für die Akkumulation, die industrielle Entfaltung unmittelbar entscheidend ist. Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß heute immer mehr im Einkommen des Kapitalisten alle drei Einkommensquellen zusammenfließen, von den Einzelkapitalisten den Banken zur Verfügung gestellt und von ihnen wieder dem Akkumulationsprozess zur Verfügung gestellt werden. Es gilt eben auch hier wieder, daß die Steuer, wie immer sie erhoben wird, wenn der Staat sie unproduktiv verwendet, in letzter Instanz der Akkumulation entzogen wird. Zugegeben muß aber werden, daß der Akkumulationsdruck beim industriellen und bei kapitalistischen stärker ist als beim Großgrundbesitzer, so lange dieser noch mehr von der feudalen, als von der rein kapitalistischen Ideologie beherrscht wird.

Nach aus einem anderen Grunde kann eine rationell eingerichtete Besteuerung der Grundrente viel eher durchgeführt werden als eine Besteuerung des Unternehmergewinnes. Die Grundrente ist ein Extraprofit, der dem Grundeigentümer zufällt, ohne daß er etwas dazu zu tun braucht. Dem Bauer des Bodens, z. B. dem Pächter, schmälert die Ver-

steuerung der Rente durchaus nicht den durchschnittlichen Unternehmergewinn. Eine Steuer auf die Grundrente verringert also in keiner Weise die Bodenbebauung, sie hat keine schädlichen wirtschaftlichen Nebenwirkungen, außer denen, die jede Steuer bereitet, die zu unwirtschaftlichen Staatsausgaben verwandt wird. Sie bewirkt nur, daß ein Teil des durch die Entwicklung der Gesellschaft entstandenen Extraprofits statt den Grundherren der ganzen Gesellschaft zugute kommt. Dagegen hemmt jede allzu starke Besteuerung des Unternehmergewinns nicht nur unmittelbar die Akkumulation, sie ist überhaupt nur in einem beschränkten Maße möglich, soll nicht der Durchschnittsprofit so sehr gesenkt werden, daß Auswanderung des Kapitals veranlaßt wird.

Die Einkommensteuer muß daher nach der Art des Einkommens verschieden gestaltet werden. Das anerkennt auch prinzipiell viele bürgerliche Steuertheoretiker; sie gehen aber in dieser Differenzierung nicht weit genug. Die herrschende Ansicht unterscheidet nicht die einzelnen Quellen des Einkommens, sondern nach ihrer Eigenart, sondern begnügt sich, das sogenannte fundierte, d. h. das aus Vermögen irgend welcher Art fließende Einkommen von dem unfundierten, das nur aus persönlichen Leistungen herfließt, zu unterscheiden. Sie will das aus Vermögen fließende Einkommen stärker treffen und ergänzt daher die allgemeine Einkommensteuer durch eine sogenannte Vermögenssteuer, die sie deshalb Ergänzungssteuer nennt. Wir sprechen von einer sogenannten Vermögenssteuer deshalb, weil diese Steuer nicht etwa wirklich aus dem Vermögen gezahlt wird, also eine Verminderung desselben verursacht, sondern aus dem aus Vermögen herrührenden Einkommen. Es ist klar, daß auch die Sozialdemokratie, so lange andere Verbesserungen der Einkommensteuer nicht möglich sind, diese Korrektur der Einkommensteuer akzeptieren wird.

Die Einkommensteuer hat aber nicht nur den ökonomischen Mangel, die verschiedenen Einkommensarten ganz gleich zu behandeln, sondern auch den finanztechnischen der Hinterrückziehungsfähigkeit. Man weiß, daß sowohl das mobile Kapital, also der Aktien-, Obligationen- usw. Besitz, als auch das immobile Kapital, das Grundeigentum, alljährlich gewaltige Steuersummen unterziehen. Die Debatten über die Finanzreform haben ja darüber massenhaftes Kapital zutage gefördert. Die Hinterrückziehungsmöglichkeit ist bei dem mobilen Kapital durch die ökonomische Natur des Besitzes gegeben. Das Einkommen aus den verschiedenen Instituten, Bankdepotiten usw. usw. läßt sich eben außerordentlich leicht verbergen, ja es läßt sich ohne Mühe zum Teil ins Ausland bringen, wodurch jede wirksame Kontrolle fast unmöglich gemacht wird. Bei dem immobilen Kapital sind es mehr politische Verhältnisse, die Macht und der Einfluß, den die Grundbesitzer auf die Staatsverwaltung ausüben, die die Hinterrückziehung ermöglichen. Man nehme dem Landrat den Vorschlag in den ländlichen Steuerkommissionen und übergebe diesen Beamten mit gesicherter Unabhängigkeit und die Einkommensteuer aus dem flachen Lande wird sofort emporschwellen. Die Besitzenden freilich sehen jeder wirksamen Kontrolle erbitterten Widerstand entgegen und wissen nicht genug über das „Veratorische“ der Steuerkontrollen Klage zu führen. In Wirklichkeit bedarf die Steuerkontrolle nicht einer Wilderung, sondern einer Verschärfung. Die Sozialdemokratie wird sich gewiß nicht durch die beweglichen Klagen der Steuerhinterziehungsinteressenten rühren lassen, denn je mehr die Reichen Steuern hinterziehen, desto mehr wächst die Steuerlast der Armen. Die Steuerhinterziehung ist nichts anderes als ein Massendiebstahl der reichen Klassen an den armen. Es ist kein Zweifel, daß die Steuerhinterziehung, die im allgemeinen im Verhältnis zur Größe der Vermögen zunimmt, ein erster Mangel der Einkommensteuer ist. Sie verursacht, daß diese Steuer den Charakter einer Arbeitseinkommen- und Mittelstandssteuer annimmt und in viel zu geringem Grade eine Steuer der Reichen ist. Dieser Mangel ist aber entscheidend und führt zu dem Urteil, daß die Einkommensteuer auch mit der ergänzenden Vermögenssteuer als einzige Steuer unzureichend ist. Sie bedarf der Ergänzung durch andere direkte Steuern.

Als wichtigste Kontrolle der richtigen Einschätzung dient aber die Erbschaftsteuer. Diese Eignung, die Angaben des Einkommens objektiv nachkontrollieren zu können, war es ja, die den Widerstand der Agrarier herausgefordert hat, aber eben das macht sie zum unbedingt notwendigen Bestandteil eines direkten Steuersystems. Aber auch der Erbschaftsteuer, die progressiv nach der Höhe der Hinterlassenschaft und dem Grade der Verwandtschaft einzurichten ist, sind gewisse Grenzen gesetzt. Eine allzu starke Besteuerung würde, wenn sie Vermögen trifft, das industriell angelegt ist, stärkere Störungen im Wirtschaftsbetriebe verursachen. Diese Grenze schiebt sich allerdings immer weiter hinaus. Denn das kapitalistische Vermögen und namentlich die großen Vermögen nehmen immer mehr die Form des mobilen Kapitals, Aktien- und Rentenbesitz aller Art an. Dies erleichtert die Uebertragung außerordentlich und macht selbst hohe Erbschaftsteuern möglich ohne jede Schädigung des Fortganges des Wirtschaftsbetriebes.

## Die sozialdemokratische Partei und die Marokkofrage.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau:  
In einem R. L. gezeichneten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 174 werden eine Reihe unwahrer Behauptungen über das Verhalten des Parteivorstandes während der Marokkofrage aufgestellt, auf die eine Erwiderung nötig ist, weil sie in Parteiversammlungen weiterverbreitet wurden.

Es heißt in dem genannten Artikel, daß die deutsch-französische Friedensdemonstration, die am vergangenen Freitag in Berlin stattfand, „lediglich den Führern unserer Gewerkschaftsbewegung zu verdanken war“ und daß „ein Vertreter des Parteivorstandes als Gast bei dieser gewerkschaftlichen Veranstaltung zum Schluß das Wort ergreifen“ konnte. Es wird weiter die Frage aufgeworfen: „Wo war aber die Partei bei dieser Gelegenheit?“

Diese von R. L. aufgestellten Behauptungen sind unzutreffend. Die Demonstrationen in der „Neuen Welt“ waren gemeinsam von der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Parteivorstand vorbereitet und die „Vorwärts“-Interate und die Plakate an den Lifthäusern, durch die die Berliner Arbeiterschaft zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert wurde, waren vom Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Aktionsausschuss der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins unterzeichnet. Es ist deshalb auch unzutreffend, daß ein Vertreter des Parteivorstandes lediglich als Gast zu Worte kam. Die Genossen Wolfenbühler und Ströbel waren vielmehr vom Parteivorstand als Redner für diese Versammlungen bestimmt.

Es heißt dann weiter, daß der Berliner Demonstration eine solche in Paris folgen würde, die von den deutschen und französischen Gewerkschaften veranstaltet würde. Auch das ist unzutreffend. Zu der Pariser Demonstration, die am heutigen Freitag stattfindet, sind die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften Frankreichs, Deutschlands, Englands und Spaniens eingeladen. Es werden in Paris neben den Vertretern der deutschen Gewerkschaften auch vom Parteivorstande delegierte Vertreter der deutschen Sozialdemokratie reben.

Ferner heißt es in dem Artikel, daß der Parteivorstand eine Zusammenkunft des Internationalen Sozialistischen Bureau ausgeschrieben habe. Auch das ist nicht wahr. Genosse Bebel erklärte als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Internationalen Sozialistischen Bureau nur, daß ihm zunächst eine Konferenz des J. S. V. nicht empfehlenswert erscheine. Das J. S. V. hat dann in Uebereinstimmung mit dieser Ansicht entschieden, daß es „unzweckmäßig sei, das Bureau in diesem Augenblick einzuberufen“.

Wenn nach dem Bericht des „Vorwärts“ (Nr. 179) Genosse Dr. Rosenfeld in einer Versammlung des sechsten Berliner Wahlkreises diese Behauptungen des R. L. Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ wiederholte und ferner behauptete: „Das Internationale Bureau in Brüssel habe eine gewaltige Demonstration für den Frieden angeregt. Diese scheiterte an dem Widerspruch des deutschen Parteivorstandes“, so ist das unzutreffend.

Das J. S. V. hatte lediglich die oben erwähnte Konferenz der Delegierten des J. S. V. im Auge.

In der oben erwähnten Versammlung des 6. Berliner Wahlkreises hat es Genosse Dr. Kurt Rosenfeld auch für zweckmäßig und erprießlich gehalten, die „Leipziger Volkszeitung“ wegen des R. L. Artikels gegen den „Vorwärts“ auszuspielen. Demgegenüber haben wir zu erklären, daß wir von dem R. L. Artikel keine Notiz genommen haben, weil wir von dem Sachverhalte, wie er oben in dem Schreiben aus dem Parteibureau geschildert ist, unberührt waren und es für eine politische Unklugheit hielten, eine sich vorbereitende Protestaktion durch kleinliche Rügeleien und Auseinandersetzungen abzuschwächen. Wir wurden zu dieser Stellungnahme noch ganz besonders durch die Erwägung veranlaßt, daß der R. L. Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ sich auf einer irreführenden Indiskretion aufbaut. Er enthält nämlich den Privatbrief eines Mitgliedes des Parteivorstandes, das ganz zu Anfang der Marokkofrage seine rein persönliche Meinung dem Internationalen Bureau in Brüssel mitteilte. Wir wußten, daß die in dem Schreiben geäußerten und vom Schreiber als ganz unverbindlich bezeichneten Bedenken nicht die Auffassung des Parteivorstandes darstellten, daher hielten wir es aus politischem Verantwortlichkeitsgefühl für unangebracht, in einer Situation, wie sie durch die Marokkofrage gegeben war, die durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit getragene private Meinungsäußerung an die große Glocke zu schlagen. Die Redaktion des „Vorwärts“.

## Die Lords auf dem Rückzuge.

London, 1. August. (Fig. Ver.)  
Was die englischen Liberalen vorausgesagt haben, ist eingetreten. Ein panischer Schreden ergriff die edlen Hinterwälder, als Herr Baskin erklärte, er habe das Versprechen des Königs, einen Versuch vorzunehmen, in der Tasche. 325 der wackeren Männer haben schon das Versprechen abgegeben, der Parlamentsvorlage keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen. Ihre Würden und gesellschaftlichen Vorrechte sind ihnen mehr wert als das Wohl des Vaterlandes, das doch durch diese „Revolution“ vernichtet werden soll. Die Situation ist nicht nur komisch, sondern wirft auch ein helles Licht auf das patriotische Monopol der Edelften der Nation.

Der eigentlich entscheidende Faktor in der Frage, deren Lösung jetzt gemächlich vor sich geht, ist die ungünstige Lage der Konservativen in den Wahlkreisen. Ein konservativer Wahlsieg ist unter den herrschenden Verhältnissen schlechterdings unmöglich. Eine Fortsetzung des Widerstandes würde den Konservativen daher nicht den geringsten praktischen Vorteil bringen; denn selbst wenn sie eine Parlaments-

\*) Die beiden vorzähligen Schriften haben folgende Titel:  
J. Karzki: Die Grundbesitzung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland.“ Leipziger Buchdruckerei A.-G. 1909.  
Em. Bumm: Die Finanzgeschichte des Deutschen Reiches.“ Hamburg 1910.

ausschlag erzwungen könnten, müßte der König aller Wahrscheinlichkeit nach gleich nach den Wahlen Herrn Asquith wieder zurückberufen. Einige der Unentwegten unter den Lords haben vorgeschlagen, den Peersklub ruhig über sich ergehen zu lassen und nachher die Adelsbriefe der „Marionettenpeers“ im Privilegienauschuss zu beanstanden. Nach der Ansicht der im juristischen Formelraum bewanderten Professoren dürfte ihnen dies aber wenig nützen. Denn der Privilegienauschuss kann wohl mit Genehmigung des Königs die Rechtsträglichkeit eines ererbten Adelsstitels, nicht aber die Gälligkeit eines erst geschaffenen prüfen. Auch würde diese Prozedur nicht verhindern, daß die neuen Lords im Oberhaus ihr Stimmrecht ausüben, das ihnen von der Krone durch königlichen Befehl (writ) eingeräumt wird. Unter den Vorrechten der Krone, die im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte vom König auf das Kabinett übergegangen sind, befinden sich auch noch manche mittelalterliche Gebräuche, mit deren Hilfe das Kabinett kurzen Prozeß mit den widerspenstigen Lords machen könnte. Es könnte eine genügende Zahl Peers einfach durch die Zustimmung des „writ“, des Befehls, einen Sitz im Oberhaus einzunehmen, ernennen. Oder es könnte Peers auf dem alten Wege der Investitur schaffen. Dies würde den Blickspitzen unter den Liberalen vielleicht am angenehmsten sein, da auf dem feierlichen Wege der Investitur alle mindestens laut Bekundung „Earls“ (dritte Rangstufe des Adels) werden müßten. Schließlich könnte die Krone auch von ihrem Recht Gebrauch machen, den nicht gewünschten Peers den Befehl, im Oberhaus zu erscheinen, vorzuenthalten. Wenn man auf so viele Arten mundtot gemacht werden kann, ist es doch besser, man schweigt.

Lord Lansdowne hat sich bereit erklärt, bei der Abstimmung über die ursprüngliche Form der Parlamentsbill, nicht zu stimmen. Derselbe Erklärung wird wohl auch für seine 325 Getreuen gelten. Trotzdem ist sich die Regierung ihrer Sache im Oberhaus noch nicht sicher. Das Oberhaus hat augenblicklich 625 Mitglieder, die sich an der Abstimmung über die Parlamentsbill beteiligen könnten. Man hat nun folgendes Rechenexempel angestellt: Die Lansdownesche Gefolgschaft beträgt 325; 60 Lords sind entweder krank oder befinden sich außerhalb des Landes, das macht zusammen 375. Es bleiben mithin noch 250 Lords, deren Bestimmung zu erforschen wäre, um das Schicksal der Vorlage vorherzusagen zu können. Der ehemalige Lordkanzler Halsbury, der den Widerstand bis zum äußersten predigt, soll an der Spitze von 100 Rebellen stehen. Wie viele Liberale sich unter den übrigen 150 Lords befinden, ist sehr ungewiß. Zwischen 50 und 100 Peers gelten als Liberale. Ihr Liberalismus scheint aber nicht besonders mächtig zu sein, denn bei den Abstimmungen über die Parlamentsbill im Hause der Lords konnte die Regierung im besten Falle nur 48 Mann auf die Beine bringen. An der Hand dieser Ziffern wird man die zögernde Haltung der Regierung verstehen. Herr Asquith erwartet von Lord Lansdowne, daß dieser ihm die Versicherung gibt, daß die Parlamentsbill der Regierung bei ihrem nächsten Erscheinen im Oberhaus angenommen werden wird. Eine solche Versicherung gab der Herzog von Wellington im Jahre 1832 vor der Annahme der Reformbill. Augenblicklich heißt es, daß das Kabinett entschlossen ist, der Krone unverzüglich die Ernennung einer größeren Anzahl Peers vorzuschlagen. Die Auserlesenen der liberalen Partei werden also dennoch nicht um ihren Adelsbrief betrogen werden, es sei denn, daß die Hünlein der konservativen Rebellen, die noch im Felde stehen, in den nächsten Tagen zum Entschluß kommen, daß die Diskretion der beste Teil der Tapferkeit ist, und daß es die Standesehre verlangt, sich seitwärts in die Wüste zu schlagen.

## Die Marokkoaffäre.

### Von einer neuen „Wendung“ beim Marokkoaffäre

wird heute in der bürgerlichen Presse orakelt. Natürlich geht die Meinungsüber die Art und das Wesen der „Wendung“ weit auseinander. Die Leute, die die Verhandlungen führen, schweigen sich der Öffentlichkeit gegenüber noch immer gründlich aus und geben dadurch der internationalen Presse Stoff zu den widersprechendsten Phantasien. Daß dadurch auch die Wälder beunruhigt werden, kümmert die Herren Diplomaten sehr wenig.

Wie verschieden die Situation beurteilt wird, mögen folgende Behauptungen darthun. Das „Verl. Tageblatt“ läßt sich aus Gastein melden:

Gastein, 3. August. Der Reichslangier, dessen Antritt in diesen Tagen erfolgen sollte, hat die bestmögliche Wohnung im Hotel Germania wieder abbestellt, da die Reise zunächst unmöglich geworden sei.

Das „Verl. Tagebl.“ bemerkt dazu:

„Diese Verschlebung der Reise dürfte mit den Marokko-Verhandlungen in Verbindung stehen und man könnte im ersten Augenblick versucht sein, unglückliche Schlüsse aus ihr zu ziehen. Das würde indessen, wie wir glauben, der wahren Sachlage nicht entsprechen. Auch eine von der „Weser-Zeitung“ an der Spitze ihres heutigen Morgenblattes publizierte Mitteilung, wonach „die Situation nicht leichter geworden“ sei, sieht im Widerspruch zu den uns zugegangenen Informationen. Nach diesen Informationen waren die Verhandlungen allerdings Ende voriger Woche wieder auf den „toten Punkt“ geraten, da sowohl die deutsche wie die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrten und eine Verständigung auf der bis dahin gewöhnlichen Grundlage nicht möglich schien. Seit Montag bewegen sich die Verhandlungen indessen auf einer veränderten Basis und die Grundlage der geschäftlichen Unterhaltung ist ver- schoben worden.“

Worin diese „veränderte Basis“ besteht, kann das Moskblatt aber auch nicht sagen. Sollte es sich doch um ein Stück Marokko handeln?

Im folgenden noch eine französische und englische Meinung: Paris, 3. August. „Matin“ meldet über die jüngsten Unterredungen zwischen dem französischen Volschakter Cambon und Herrn d. Alderley-Wächter folgendes: Die Forderungen der Engländer sind nach wie vor übertrieben und die Ungewissheit über das Resultat der begonnenen Unterhandlungen dauert fort. Indessen werden die Unterredungen fortgesetzt. Der „Matin“ sagt seiner Information die Drohung hinzu, wenn die Forderungen der deutschen Regierung sich nicht bald ändern, so würde Frankreich entsprechend handeln.

London, 3. August. Der Berliner Korrespondent der „Times“ berichtet seinem Blatt, man habe in gut informierten Berliner Kreisen dafür, daß durch die vorgestrigen Besprechungen die Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich einen großen Schritt vorwärts gemacht haben; es sei möglich, daß diese letzten Unterhandlungen die praktische Grundlage zu weiteren Besprechungen geben würden. — Ueber die englische Auffassung teilt das genannte Blatt mit, man glaube, daß die Hoffnungen, die man in London an die Rede Asquiths und an die Unterredungen zwischen dem deutschen Kaiser und seinen verantwortlichen Ministern knüpfte, sich zu verwirklichen in Begriffen wären. Bezüglich der Kompensationen meinen die „Times“, Frankreich besitze im Innern seines Kolonialreiches hinreichende Gebiete, die für Deutschland wertvoll wären. Diese Frage würde auch zurzeit besprochen.

Konsequent und klar ist in diesem heillosen Durcheinander die Haltung des internationalen Proletariats. Am heutigen Freitag werden Vertreter der Arbeiterkraft Deutschlands, Frankreichs,

Spaniens, Englands und Hollands in Paris deutlich sagen, was das Proletariat von den Marokkohändeln und dem Vergehen der Nationen gegeneinander hält.

### Ausweisung englischer Journalisten aus Agadir.

London, 3. August. Im Unterhaus fragte Gilbert Barles den Unterstaatssekretär Wood, ob seine Aufmerksamkeit auf die Ausweisung des Sonderberichterstatters des „Daily Express“ aus Agadir gelenkt worden sei. Wood erwiderte, der englische Botschafter in Mogador habe gemeldet, daß die Verichterhalter der „Westminster Gazette“ und des „Daily Express“ auf Befehl des stellvertretenden marokkanischen Gouverneurs aus Agadir ausgewiesen worden seien. Der augenscheinliche Grund für ihre Ausweisung sei, daß die Korrespondenten sich geweigert hätten, dem Botschafter den Anlaß zu ihrem Besuch anzugeben, und daß sie den örtlichen marokkanischen Behörden keine Empfehlungsbriefe mitgebracht hätten. Der Botschafter in Mogador habe bereits Vorstellungen bei dem Gouverneur erhoben. Der Kommandeur des deutschen Kreuzers habe die Verichterhalter zutrittnehmend behandelt und sich erbötend, bei dem stellvertretenden Gouverneur vorstellig zu werden, doch sei das Anerbieten abgelehnt worden.

London, 3. August. Das Roterische Bureau erzählt über die Ausweisung der englischen Sonderberichterstatter Miller und Wainwright aus Agadir folgendes: Die britische Regierung habe die Angelegenheit energisch in die Hand genommen, nachdem schon der britische Botschafter bei den marokkanischen Behörden in Mogador nachdrücklich Protest erhoben habe, werden auch in Tanger Vorstellungen gemacht werden. Es sei vollständig unrichtig, den Zwischenfall auf deutschen Einfluß zurückzuführen. Der Kommandant des deutschen Kreuzers in Agadir habe seinerzeit mit größter Courtoisie und Rücksicht angeboten zu intervenieren, aber sein Anerbieten sei abgelehnt worden. Die Handlungsweise des stellvertretenden Gouverneurs stehe in keiner Weise im Zusammenhang mit der Politik.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. August 1911.

### Triviale Kriegshege.

Es ist kaum ein Duzend Jahre her, als die Größen des Bundes der Landwirte von der Kolonialerwerbspolitik wie den Flokenträgern nichts wissen wollten, und der große Agrarierführer Friedrich Hahn das Wort von der „gräßlichen Blotte“ aussprach. Jetzt ist das Blatt der Landwirte, die „Deutsche Tagesztg.“, diejenige unter allen deutschen Zeitungen, die in der Marokkoaffäre am gewissenlosesten zum Kriege heßt und lieber heute als morgen einen Krieg Deutschlands gegen England und Frankreich ausbrechen sähe. Angeblich aus Patriotismus, um dem Deutschen Reich eine Stellung in der Welt zu verschaffen, die „seiner Kraft und seinen Bedürfnissen“ entspricht — tatsächlich aber, um aus der Sackgasse herauszukommen, in welche die Konservativen aller Schattierungen durch ihre triviale Interessenpolitik und Finanzmishwirtschaft gelangt sind. Hurra-Wahlen inzienieren zu können und Zeit für die Durchführung weiterer Volksausprägungspläne zu gewinnen. Daß der Krieg vielen Hunderttausenden junger kräftiger Männer das Leben kosten würde, quält sie nicht. Dafür ist doch das „untere“ Volk da, um für die Interessen der Reichen und Herrschenden sein Leben auf den Schlachtfeldern zu lassen. Zudem erscheint den Herren die Aufrechterhaltung der Junkerherrschaft in Deutschland als ein so hohes, edles Ziel, daß es nach ihren Begriffen mit dem Blut einiger Hunderttausende keineswegs zu hoch bezahlt ist. So ist dem jetzt fast täglich in der „Deutschen Tageszeitung“ zu lesen, daß Deutschland energig vorzugehen müsse und nicht zögern dürfe, sein Schwert in die Wagschale zu werfen, das heißt einen Krieg heraufzubeschwören — denn das Ansehen des Deutschen Reiches erfordere, daß es nicht lange mit England und Frankreich verhandele, sondern zugreife, zumal das deutsche Volk durchaus kriegsbegeistert sei. In der heutigen Morgennummer des Wänderblattes heißt es zum Beispiel:

Dieses Elementare ist der Wunsch und der Wille, daß das Deutsche Reich endlich einmal in einer ausdauernden großen Probe den Erfolg erreiche, der seiner Kraft, seinen Bedürfnissen und seiner Stellung unter den Völkern entspricht. Man muß wohl zurückdenken, um sich eines solchen Erfolges zu erinnern, und der größte Teil der jetzt lebenden Generation kennt wirkliche Erfolge des Deutschen Reiches noch außer nur aus Büchern, während die persönliche Erinnerung voll ist von matten Wollen und halbem Vorbringen. Das einzige Mal, wo ein Erfolg in neuerer Zeit vorhanden war, da hat Deutschland ihn nicht für sich, sondern für Oesterreich-Ungarn errungen. Das ist auch für uns ein solcher, ist ohne Unterlaß verkündet worden; aber wir haben noch nichts davon bemerkt. . . .

Die nachgebenden Personen in Deutschland mögen bedenken, daß sie den größten und besten Teil des deutschen Volkes diesmal geschlossen für eine energigste und vor keinen durch die Probe gegebenen Konsequenzen zurechnende Politik hinter sich haben. Wir denken sonst in diesen Dingen recht skeptisch; aber wer heute die Augen aufmacht, muß sehen, daß es sich hier um kein politisches Strohhalmhandeln, sondern um die Aneignung eines nationalen Willens zur Rettung des deutschen Vortells und Ansehens. Die nachgebenden Stellen im Deutschen Reich sollen sich stolz und stark durch das Bewußtsein fühlen, daß sie über diese Kräfte verfügen können; sie müssen aber auch die Reife bedenken, wenn sie sich selbst ihnen nicht gewachsen zeigen.

Vor einem halben Jahrhundert war der Vergleich des innerlich zerrissenen Deutschlands mit Hamlet gebräuchlich. Soll heute auf die auswärtige Politik des Deutschen Reiches das Wort des schwankenden Dänenprinzen gelten:

Der angeborenen Farbe der Entschliebung  
Wird des Gedankens Wisse angekränelt;  
Und Unternehmungen voll Mark und Nachdruck  
Durch diese Mächte aus der Bahn gelenkt,  
Verlieren so der Handlung Namen.“

Es gibt kein unmerklicheres Bild, als eine homletische Politik. Eine Feivolität! Sondergleichen! Wir sind Gegner der Feivolität; aber wenn jenen Feivolitäten, die nach reichlichen Dinners solche Kriegshege betreiben, mit der Klopspeitsche der edelste Teil ihres Körpers exemplarisch bearbeitet würde, hätten wir nichts dagegen.

### Wer nicht pariert, schießt!

Die Eisenbahndirektion Berlin hat folgende Verfügung erlassen:

„Es werden neuerdings lebhaftere Anstrengungen gemacht, um die Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden insbesondere Flugblätter und periodische Agitationschriften verbreitet. Von derartigen Drucksachen, die das Ziel haben, Unzufriedenheit unter den Bediensteten zu erregen und das gute Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem Personal zu stören, wird nachdrücklich gewarnt. Das Mitbringen solcher Flugblätter und sonstiger ordnungsfeindlicher Agitationschriften zur Dienst- oder Arbeitsstätte oder ihre Weitergabe wird als Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen angesehen, die ebenso

wie jede andere Beleidigung in dieser Richtung die Entlassung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung oder die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.“

Dem Eisenbahnminister ist im preussischen Abgeordnetenhaus von den sozialdemokratischen Abgeordneten wiederholt mit aller Schärfe nachgewiesen, daß jedes derartige Organisationsverbot vollständig gesetzwidrig ist und nichts darstellt als einen plumpen und brutalen Willkürakt der Eisenbahnverwaltung.

Die Veruche, den Eisenbahnarbeitern das freie Koalitionsrecht zu rauben, sind aber nicht nur eine Gesetzwidrigkeit, sondern auch eine schmachliche Torheit. Denn selbst wenn es gelang, die Eisenbahner vom Anschluß an die der Regierung so verhasste freie Organisation abzuhalten, so ist doch die Verwaltung völlig außerstande, den wachsenden Geist der Empörung unter den Eisenbahnern zu dämpfen. Welche Stimmung unter den Eisenbahnern herrscht, das hätte doch wahrhaftig jene große Eisenbahnerversammlung in der „Neuen Welt“ beweisen sollen, wo von den Vertretern der Arbeiter eine so scharfe Kritik an der Verwaltung geübt wurde, wie sie je kaum aus sozialdemokratischer Munde geübt worden ist. Wenn die Regierung sich einbildet, diesen Geist der Empörung durch eine brutale und geschwindige Anbelagerungstaktik anstreifen zu können, so wird sie noch einmal Wunder erleben!

### Wuech gegen den Hansabund.

Der verbissene Oberkassamacher Wuech, der Jahrzehnte hindurch den Zentralverband deutscher Industrieller geleitet hat, ist vor einigen Monaten in den Ruhestand getreten. Zwischen dem Hansabund und dem Zentralverband bestand damals noch schöne Eintracht und holder Friede. Mittlerweile ist das anders geworden, und Herr Wuech sah seinen geliebten Zentralverband in eine recht bedenkliche Situation gedrängt. Das veranlaßte ihn, aus seinem Älterteil heraus, noch einmal in den Kampf einzugreifen. Er tat dies mit einer Woeschüre, die gegen die Widerlächer des Zentralverbandes Gift und Galle speit. Er weist die Behauptung zurück, daß der Zentralverband für höhere Agrarzölle zu haben sei und bezieht sich zum Beweise dafür auf die Differenzen, die zwischen dem Zentralverband und dem Bund der Landwirte bestanden haben. Er sagt:

„Da in den Versammlungen des Zentralverbandes mehrfach die übertrieben hohen, vom Bunde für andere Lebensmittel und selbst für Rohstoffe der Industrie verlangten Zölle entschieden gemißbilligt und zurückgewiesen waren, so entwickelte sich im Bunde der Landwirte eine fortdauernde Gegnerschaft dem Zentralverbande gegenüber.“

Aber, so fährt Herr Wuech weiter aus, Industrie und Landwirtschaft müssen Solidarität üben. Damit kann er natürlich nur die Schwerindustrie und den agrarischen Großgrundbesitz meinen, denn diese Kreise haben ein ganz besonderes Interesse an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Als die zuverlässigsten Vertreter dieser Wirtschaftspolitik bezeichnet er die Konservativen und schließt:

„Es ist höchstbedauerliche Entstellung und Geharbei, wenn behauptet wird, der Zentralverband sei in das Lager des Bundes der Landwirte übergegangen, wenn von Abmachungen über Zollschädel zwischen Zentralverband und Konservativen gesprochen wird. In allen diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Aber noch wie vor werden die an der Seite des Zentralverbandes stehenden zielbewußten Industriellen sicheren Wädes prüfen, inwieweit sie unter Verteidigung unserer Agrarischen nationalen Wirtschaftspolitik und in unbedingter Berücksichtigung der Anforderungen des Gemeinwohles mit ihren alten Verbündeten, den Konservativen und Landwirten, gehen können.“

Diese „alten Verbündeten“ machen aber nichts umsonst und die Zustimmung zu höheren Zöllen zugunsten der Schwerindustrie ist nur zu haben, wenn die Vertreter dieser Industrie auch für hohe Agrarzölle eintreten. Daß die Zentralverbändler jede Begünstigung der Agrarier ableugnen, ist begreiflich. Man muß ja bei den Wahlen schlechte Geschäfte machen, wenn man offen für den Lebensmittelmacher eintritt. Wenn erst die Wahlen vorbei sind, dann fällt die Maske ganz von selbst.

### Theologen-Parlament.

Wenn nicht alles trügt, wird der nächste Reichstag eine recht stattliche Anzahl von Theologen unter seinen Mitgliedern zählen. Die „Deutschen Nachrichten“ veröffentlichen eine Zusammenstellung der bis jetzt als Reichstagskandidaten aufgestellten Geistlichen. Hier sind 15 antierende und 2 nicht mehr im Amt befindliche katholische Geistliche als Kandidaten aufgestellt, und zwar 5 von den Polen, 3 von den Estländern und die übrigen vom Centrum.

Für die Fortschrittliche Volkspartei kandidieren bisher folgende evangelische Geistliche:

Stralsund-Nügen: Pastor J. Hahn • Greifswald;  
Ransfeld: Pastor Friese • M. Roßmann;  
Siegen-Wittgenstein: Pfarrer Spiech • Gottenhorn;  
Gamm-Söest: Pfarrer Liz. Traub • Dortmund;  
Oberwiesenthalb-Dillenburg: Pfarrer Dr. Proffert • Gießen;  
Arenshausen-Simmern: Pfarrer Krüger • Weiskirchen;  
Weihen-Grödenhain: Pastor Krüger • Weiskirchen;  
Glauchau-Weerane: Pastor Ende • Wittenberg;  
Holzminden-Gandersheim: Pastor Red • Herrhausen;  
Winger-Alge: Pfarrer Kroll • Nienstedten.

Dazu kommt der Landtagsabgeordnete Prediger Runge in Berlin, der für Berlin 4 in Aussicht genommen sein soll, und der Pfarrer a. D. Kaumann, der in Heilbronn wieder kandidiert.

Die Nationalliberalen haben folgende evangelische Geistliche als Kandidaten aufgestellt:

Hagen-Bilfingen: Pastor Lemke;  
Schlau-Rimpfisch-Streben: Pastor Kroepelin,  
Wernburg-Nöthen: Pastor Baumeder;  
Wittweide-Rochly: Pastor Richter;  
Duisburg-Mühlheim a. Ruhr: Pfarrer Dr. Wessel;  
Neuwied: Pfarrer Schmidt.

Außerdem kandidiert für sie der frühere Geistliche Liz. Eberling, der Direktor des Evangelischen Bundes, im Kreise Döbeln.

Von den rechtsstehenden Parteien sind bisher nachstehende Geistliche aufgestellt worden:

Gonau-Weinhausen: Pfarrer Wöhrschtein (kons.);  
Stade-Blumenthal: Pastor Vog • (d-fog);  
Borlen-Medlinghausen: Pfarrer Clauber (Christl.-fog);  
Witten-Lübbede: Pfarrer Müller (Christl.-fog);  
Duisburg-Mühlheim a. Ruhr: Pfarrer Kandel (Christl.-fog);  
Leine-Neustadt: Pfarrer Sturmann (Christl.-fog);  
Wupperfähr-Wilhelm a. Rh.: Pfarrer Hein (Christl.-fog).

Außerdem kandidiert in Siegen-Wittgenstein für die Christlich-Sozialen der Schwiegerohn Stöckers, Liz. Mumm.

So gut wie andere Kreise haben auch die Geistlichen das Recht, sich in den Reichstag wählen zu lassen. Aber die Zahl der als Reichstagskandidaten aufgestellten Geistlichen ist doch allzu groß. Fast sollte man meinen, der Reichstag wäre ein kirchliches Sprunglosgesam.

### Der Oberstleutnant z. D. als Schwindler und Hochstapler.

Vor dem Kriegsgericht der I. Division in München wurde die anfangs Juli wegen weiterer Vernehmung von Zeugen vertagte Verhandlung gegen den Oberstleutnant z. D. Ludwig Sichel zu Ende geführt, der vorher dem Generalkommando

88 I. Armeekorps zugeleitet worden. Der aufsehenerregenden Verhandlung lag folgender Sachverhalt zugrunde. Im Frühjahr d. J. erschienen in einer Anzahl bayrischer Zeitungen Inserate, wonach ein höherer Staatsbeamter gegen Gewährung eines Darlehens von fünftausend Mark einem jungen Mann eine sichere Verpfändung in Aussicht stellte. Als die Redaktionen der größeren Blätter auf das Bedenkliche dieser Inserate hinwiesen, leitete die Behörde eine Untersuchung ein und ermittelte, daß der 33 Jahre alte Kaufmann Georg Hahn das Inserat aufgegeben hatte. Hahn wurde nach seinem Verhör wieder in Freiheit gesetzt. Nachdem er einige Tage in München umhergeirrt war, begab er sich nach Freilassing, entleerte sich hier am Ufer des Mühlbaches und sprang in den Fluß, nachdem er vorher 4 Revolverkugeln auf sich abgegeben hatte. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. Neben seine Persönlichkeit wurde festgestellt, daß er früher Unteroffizier im 14. Infanterieregiment in Nürnberg gewesen war.

Bei seiner Vernehmung halle Hahn angegeben, daß er nicht aus eigener Initiative, sondern im Auftrage einer anderen Person die Inserate aufgegeben habe; es sei dies der Oberleutnant z. D. Ludwig Strihel. Dieser kommandierte seinerzeit eine Kompanie des 14. Infanterieregiments in Nürnberg und hatte Hahn als Unteroffizier unter sich. Strihel, der jetzt im 53. Lebensjahr steht, ist aus dem Kadettenkorps hervorgegangen und wurde 1881 Leutnant. Im Jahre 1908 wurde er mit Pension zur Disposition gestellt und dem Generalkommando des ersten Armeekorps zugeteilt. Hier habe er hauptsächlich mit Einberufungsangelegenheiten zu tun; irgendeinen Einfluß auf die Vergabung von Stellen hatte er in keiner Weise. Seine familiären Verhältnisse waren in der letzten Zeit sehr mißliche. Von einer ihm nahestehenden Seite wurde vermutet, daß er das Opfer von Erpressungen geworden sei. In seiner bedrängten Lage soll er mit Hahn Wechselgeschäfte gemacht haben, die ihn aber auch nicht rangieren konnten. Im vorigen Jahre wurden ihm die sämtlichen Möbel gepfändet, wie er auch sowohl zu Hause, wie namentlich in seinem Bureau von Deuten mit Forderungen überlaufen wurde. Das aufgeregte und nervöse Wesen Strihels war seinen Bekannten schon lange aufgefallen. Er soll sogar versucht haben, sich auf sehr bedenklichem Wege, nämlich durch Anknüpfung intimer Beziehungen mit verheirateten Frauen — man sprach von einer Rehygermeisterfrau — Geld zu verschaffen. Im Hause der Untersuchung gegen Oberleutnant Strihel kam zutage, daß sich zahlreiche Wechsel von ihm im Umlauf befanden. Hahn war in seinem Bureau ständiger Gast und hatte von ihm den Auftrag erhalten, die fraglichen Inserate aufzugeben. Nach dem Selbstmord Hahns erschien dessen Frau im Bureau des Strihel und teilte ihm mit, daß ihr Mann tot sei und daß er noch einem hinterlassenen Briefe den Tod gesucht habe, weil er fürchtete, in der Inseratenaffäre eine Strafe zu erhalten. Strihel erbat sofort seine Entlassung aus dem Offiziersstande. Diese wurde ihm nicht gewährt, vielmehr die kriegsgerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet. In der Voruntersuchung wurde bei Strihel eine große Anzahl von Korrespondenzen beschlagnahmt, die auf seine geschäftlichen Transaktionen ein sehr bedenkliches Licht warfen. — In der neuerlichen Verhandlung wurde nun erhoben, daß Strihel mit den Vertrauensseligen, die sich entweder in eigenem Interesse oder in jenem ihrer Söhne an ihn wandten, ein ganz gewissenloses Spiel getrieben hat. Er trat mit den Leuten, die seine Vermittlung in Anspruch nehmen wollten, nie anders als in voller Uniform in Verbindung. Als Entgelt für seine Vermählungen forderte er nie weniger als 5000 Mark; doch soll ein Bauer, dem er versprochen hatte, seinen Sohn beim Magistrat unterzubringen, die doppelte Summe fraudulös empfangen haben. Unter Strihels Opfern befinden sich fast nur sogenannte kleine Leute, die vielfach ihren letzten Spargroschen auf Zimmerwiedersehen dahingaben, ohne irgend etwas erreichen zu können. Auch mit den Frauen der bei ihm Hilfe Suchenden trat er in Beziehungen und fertigte sogar eine eigene Liste hierüber an. Diese Liste ist aber auf unerklärliche Weise aus den Akten verschwunden. Strihel weist den Verdacht, als habe er die selbe heimlich an sich genommen, als unbegründet zurück. Für die Stempellosigkeit des Mannes zeugt am besten der Umstand, daß er als ehemaliger Offizier es nicht verschmähte, mit Hahn zu verkehren und Geschäfte mit ihm zu machen, obwohl er wußte, daß Hahn bereits wiederholt bestraft worden war und obgleich ihm die eigene Frau Hahns dringend davon abgeraten hatte. Die Frau deponierte sogar unter ihrem Eid, daß Strihel auch ihren Mann um ein Darlehen angegangen habe. — Das Urteil des Kriegsgerichts lautete wegen vollendeten und versuchten Betrugs in mehreren Fällen auf 5 Monate Gefängnis und Entziehung aus dem Heere.

### Der Kampf um das Mandat.

Im Wahlkreis Warburg tobt seit einiger Zeit ein heftiger Kampf um das Reichstagsmandat. Als vor Jahresfrist der langjährige Vertreter des Kreises, Schmidt-Warburg starb, bot sich Professor Dr. Martin Spahn als Kandidat an, unter dem Vorbehalt, er könne bei der Beratung der elsass-lothringischen Verfassungsvorlage der Zentrumsfraction wertvolle Dienste leisten. Die Kandidatur wurde schließlich abgelehnt; jedoch unter der Voraussetzung, daß Spahn nun nach Ablauf der Legislaturperiode einem anderen Kandidaten Platz mache. Die Kämpfe, die sich wegen der Aufnahme des Professors Spahn innerhalb der Zentrumsfraction abspielten, sind bekannt. Abg. Spahn hat nun aber anscheinend keine Lust, von der parlamentarischen Kampfbühne wieder zu scheiden und so läßt er im Wahlkreis Warburg seine Wiederanstellung betreiben. Die Wahlkreisleitung des Zentrums hat nun durch den Landtagsabgeordneten Dr. Wärmeling in einer Verammlung erklären lassen, daß für die kommende Wahl ein Kandidat aus dem Kreise aufgestellt werde. Damit ist dann die parlamentarische Tätigkeit des Herrn Spahn, einzuweisen wenigstens, abgeschlossen.

### Wahlordnung für Elsaß-Lothringen.

Die aus Ströburg i. G. gemeldet wird, hat die Wahlordnung zur Zweiten Kammer unter dem 31. Juli die kaiserliche Bestätigung gefunden und wird ab morgen im Gesetz- und Verordnungsblatt für Elsaß-Lothringen veröffentlicht werden.

### Osterrich.

#### Erledigte Mandate.

Nicht nur durch Doppelwahlen, sondern auch schon durch den Tod eines Mitgliedes sind einige Nachwahlen für das kaum zusammengetretene Parlament nötig geworden. Doppelt gewählt war u. a. Genosse Dasgynski in Krakau-Stadt und Land. Da aber in den galizischen Landbezirken gleichzeitig mit den Abgeordneten auch 87 Männer gewählt werden und Dasgynski das Stadtmandat behielt, rückte schon in der kurzen Sommerferien der Erlasymann Genosse Klemeniewicz ein. Genosse Franz Schumier, der in Wien zu seinem Ostarricher Mandat das eine der Leopoldstadt erobert hat, behielt dieses. In Ottakring (Wien XVII) wird natürlich wieder unter Kandidat gewählt werden. Auf dem Umland der Textilarbeiter betonte Genosse Dr. Bauer in seinem Referat über die Sozialpolitik unter einmütiger Zustimmung die Notwendigkeit, den Genossen Mathias Eidersch-Deum, den besten Kenner der Fragen der

Sozialversicherung, wieder ins Parlament zu bringen. Es kann angenommen werden, daß die Wahl unter den tüchtigen Arbeitervertretern, die diesmal in den Südstaaten „deutschnationalen“ Ausbeuterterrorismus und zielbewußter „Unparteilichkeit“ der Behörden weichen mußten, auf Eidersch fallen wird, der dem Parlament als eines seiner schlagfertigsten Mitglieder von 1901—1911 angehört hat. Weiter ist das eine der beiden Linzer Mandate, die wir diesmal verloren haben, durch den unerwartet raschen Tod des neugewählten Deutschnationalen Dr. Reiniger erledigt und in Graz muß insolge Doppelwahl des Deutschnationalen Baslian eine Nachwahl stattfinden, für die sich durchaus der aus Wien hinausgeworfene giftige Arbeiterfeind v. Stranßky den Grazern aufdrängen wird.

### Die Abreise der Ausgewiesenen.

Die aus Venedig wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit ausgewiesenen Genossen Boronese und Dragotisch wurden von Hunderten von Arbeitern — und Staatsorganen zum Bahnhof Serajevo begleitet. Drei Bataillone rüdten aus und aus Wut über die brausenden Ovationen der Arbeiter schlug die Polizei mehrere Genossen blutig. Bis an die Landesgrenze waren alle Stationen von Militär besetzt.

### Italien.

#### Der italienisch-argentinische Konflikt.

Die seit längerer Zeit währende diplomatische Spannung zwischen der italienischen und argentinischen Regierung hat nunmehr zu einer energischen Maßnahme des italienischen Kabinetts geführt: Am 30. Juli ist durch ein Dekret die italienische Auswanderung nach Argentinien verboten worden. Durch diesen Entschluß, der sehr weittragende Folgen hat, ist die Regierung durch das Verhalten der „Befreunden“ Südamerikanischer Republik gezwungen worden. Argentinien hat nämlich die eigenartige Forderung aufgestellt, die italienische Auswanderung nach der Republik auf ihren Gesundheitszustand durch argentinische Sanitätsbeamte prüfen und zu diesem Zwecke argentinische Ärzte auf den italienischen Auswandererschiffen einschiffen zu lassen. In dieser Forderung liegt ein unverhohlenes Mißtrauensvotum gegen die Sanitätskontrolle Italiens und dieses Mißtrauensvotum ist um so unbedeutender, als bisher durch überseeische italienische Auswanderer auch nicht ein einziger Cholerafall eingeschleppt worden ist. Die italienische Regierung unterwirft die Auswanderer einer fünfjährigen Isolierung, ehe sie deren Einschiffung zuläßt. Die Reise erfolgt dann auf Schiffen, auf denen ein italienischer Sanitätsbeamter Dienst tut. Unter diesen Umständen sollte eine zehntägige Fahrt genügen, um jede Gefahr der Einschleppung der Cholera ganz und gar auszuschließen. Galt sich die argentinische Regierung nicht für gesichert, so zeigt sie dadurch, daß sie der italienischen Regierung betragsreiche Maßnahmen und bewußte absichtliche Verheimlichung von Tatsachen zutraut. In diesem Sinne mußte das italienische Kabinett es deuten, daß die am 30. Juli in Buenos Aires eingelaufenen Auswandererschiffe zu fünfjähriger Quarantäne nach Martingaria geschickt worden sind.

Das Verbot der Auswanderung kann nach dem italienischen Gesetz vom 31. Januar 1901 aus Gründen öffentlicher Ordnung erlassen werden, und auch in Fällen, wo das Leben, die Freiheit oder der Besitz der Auswanderer ernstliche Gefährdung erleiden könnte. Den heutigen Fall rechnet man zu den Verboten, die im Interesse der öffentlichen Ordnung erfolgen. Vorläufig wird die Maßnahme in Argentinien wenig fühlbar sein, da der Strom der Saisonauswanderung, den die Entzeit veranlaßt, noch nicht begonnen hat. Im September pflegen aber alljährlich rund 50 000 Süditaliener zur Ernte nach Argentinien zu fahren. Dieser Zug, dessen die argentinischen Grundbesitzer nicht entbehren können, beginnt drei Monate vor der Ernte. In diesem Jahre wird er um so nötiger sein, als die Ernte ganz besonders reichlich auszufallen verspricht. Auch sollen in Argentinien große öffentliche Arbeiten ausgeführt werden, zu denen die einheimischen Arbeitskräfte keinesfalls ausreichen. Unter diesen Umständen darf man voraussetzen, daß die argentinische Regierung ihre Forderungen nicht aufrecht erhalten wird.

### Aus der Partei.

#### Aus den Organisationen.

Am 30. Juli fand in Breslau die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Oeslau-Land-Neumarkt statt. Parteisekretär Scholich gab den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu ersehen, daß der Verein im verflochtenen Geschäftsgute Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 933 vermehrt. Der monatlich erscheinende „Landbote“, der der Landbevölkerung durch Radfahrerkolonnen zugestellt wird, erfreut sich der größten Beliebtheit. Es ist möglich gewesen, auf dem hohen Lande Vollerwerbungen abzuhalten. Der Haß der Behörden macht sich in den Straßen bemerkbar. Die „Volkswacht“ hat an Abonnenten ständig zugenommen; die Zahl derselben beträgt jetzt 4500. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Genosse Hermann. Danach betragen die Einnahmen 10 588,18 M., darunter befindet sich eine Summe von 1000 M., welche ins der Parteivorstand schickte. Die Ausgaben 9458,50 M., darunter allein für Strafen und Prozesskosten 1693,47 M. Wilkin bleibt ein Kassenbestand von 1107,68 M. Die Oeslawigkeit der Genossen ist eine große. Der Erhöhung von 30 auf 40 Pf. pro Monat wurde nicht der geringste Widerstand entgegengebracht. Sammelkassen und Lesersammlungen brachten die schöne Summe von über 400 M. Leider hat die Agitation für den Landarbeiterverband nicht in dem Maße eingestrichelt, wie es sein sollte. Auch mit der Jugendbewegung will es im Landkreise nicht so vorwärts gehen. Als Vorsitzende wurden Parteisekretär G. Scholich und Zimmerer H. Gromm wiedergewählt. Ebenso der Kassierer, Parteisekretär R. Hermann. Als Schriftführer die Genossen Weier und Mose, als Beisitzerin Genossin Wied. Ueber den Parteitag in Jena referierte Genosse Scholich. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Scholich gewählt.

Die Parteigenossen von Leipzig beschäftigten sich in zwei Parteiversammlungen am 28. Juli und am 1. August mit den Jahresberichten der Parteileitung, des Proletariats, des Arbeiterbildungsvereins usw. Dabei kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zunächst wegen der aus räumlichen Gründen notwendigen Verlegung der Parteisekretariate aus dem Volkshaus nach dem Neubau der „Volkzeitung“. Einige Genossen — außer dem Geschäftsführer des Volkshauses, Genossen Meyer, namentlich Gewerkschaftsangehörige — glaubten befehlen zu müssen, daß mit der Verlegung der Sekretariate, dem Auszug der Partei aus dem Volkshaus, eine Trennung der beiden Teile der Arbeiterbewegung eintreten müsse. Die Versammlung stimmte aber in ihrer Mehrheit den Meinungen zu, die es als absonderlich bezeichneten, daraus räumliche Zusammenlegen der Partei- und Gewerkschaftsbüros das wesentlichste Bindemittel zwischen Partei und Gewerkschaften sein solle und wies die Angelegenheit zur nachmaligen Beratung an die Parteileitung zurück. Derselbe Versammlung nahm auch zu dem Beschluß 90 des Nürnberger Parteitag den Antrag an: „Der Beschluß 90 des Nürnberger Parteitag ist aufzuheben. Sollte der Parteitag dem Antrag nicht zustimmen, dann ist der Beschluß 90 so zu fassen:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften und der privaten Betriebe sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohnunterbrechung ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem

Bezirkskassafonds zuzulassen bei Malausgespierten 1 M. pro 1000 M. Jahresverdienst an den Bezirkskassafonds abzuführen. Fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag, dann ist sein Anteil vom Jahresverdienst abzuführen.“

In der Versammlung vom 1. August kam es dann zu weiterer Auseinandersetzungen beim Bericht des Arbeiterbildungsvereins. Hier machte die Versammlung scharf Front gegen die vom Metallarbeiterverband gegründete Jugendorganisation, die man als ein Konkurrenzunternehmen gegen die freien Jugendbildungsvereine bezeichnete. Diese Angelegenheit soll von der Parteileitung und dem Gewerkschaftsrat geregelt werden. Die Versammlung beschloß dann im Prinzip die Anstellung eines Sekretärs für das Bildungswesen.

Am Sonntag fand in Jena die Kreisgeneralversammlung des weimarerischen Wahlkreises statt. Vertreter waren 21 Orte durch 43 Delegierte. Außerdem waren anwesend der Reichstagskandidat Genosse Ventert, Parteisekretäre Genosse Leber und 3 Genossen als Gäste aus Gera und Greiz. Die Organisation hat sich bedeutend gehoben. Die Mitgliedszahl stieg von 2701 auf 3281. Im Kreise bestehen 23 Ortsvereine. In 9 Ortsvereinen befinden sich 371 weibliche Mitglieder. Versammlungen wurden abgehalten im Berichtsjahre 260. Davon waren 87 Volks-, 198 Mitschieber- und 27 Frauenversammlungen. Die „Weimarerische Volkzeitung“ weist eine gute Fortentwicklung auf. Der Kassenbericht enthält folgende Zahlen: Einnahme — inklusive Kassenbestand vom vorigen Jahre — 9028,86 M., Ausgabe 5788,34 M. Bleibt ein Ueberschuß von 4142,52 M. Dieser Ueberschuß ist allein dem 2000 Mitglieder zählenden Ortsverein in Jena zu danken, der seit dem 1. April d. J. einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf. eingeführt hat. Den 40 Pf. Beitrag im ganzen Kreise einzuführen, wurde leider abgelehnt. Nachdem auch über die bevorstehende Reichstagswahl, Bildungswesen und Jugendbewegung Vorträge gehalten waren, wurde eine Genossin zur Frauenkonferenz delegiert und der Reichstagskandidat und noch 5 weitere Genossen zur Wahl als Parteitagdelegierte in Vorschlag gebracht.

### Deutschösterreichischer Parteitag.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wird am 29. Oktober und den folgenden Tagen in Innsbruck abgehalten werden. Die Tagesordnung liegt noch nicht vor. Sie dürfte auch die Aufstellung eines nationalen Programms umfassen.

### Soziales.

#### Dem Rheinisch-Westfälischen Berggewerbe.

Lebhafte Klage über unbedeutende Beiträge führt der Bericht der Rheinisch-Westfälischen Berggewerkschaftsvereinsgenossenschaft. Im Berichtsjahre mußten insgesamt 60 419 Markungen um Zahlung der Umlagen ergehen. Davon hatten aber nur 50 Mark, Erfolg, denn es wurden „25 644 Mark auf Zwangsbeiträge“ gestellt.

Der Bericht führt hierzu weiter an: „Es ist sehr bedauerlich, daß eine große Anzahl Unternehmer erst dann ihrer Zahlungspflicht genügt, wenn seitens der Berufsvereinsgenossenschaft das mit erheblichen Kosten verknüpfte Beitreibungsverfahren eingeleitet wurde. Die nebenbei entstehenden Unannehmlichkeiten, die durch Pfändung, Anberaumung von Versteigerungsterminen usw. erwachsen, werden vielfach vorher nicht berücksichtigt und der Berufsvereinsgenossenschaft nachher zur Last gelegt mit der unverständlichen Begründung, diese gehe zu stark vor gegen die säumigen Pächter und könne warten, bis die Zahlung aus freien Stücken erfolge. Es gehört mit zu den schwersten Aufgaben der berufsvereinsgenossenschaftlichen Verwaltung, die aus freien Stücken nicht gezahlten Beiträge einzubringen.“

Unpfeindbar waren 3290 Unternehmer und 384 Kleinmeister. In 1198 Fällen versuchte man es mit Anträgen gemäß § 104 des Gewerbe-Anfallsgesetzes, die Pächter zur Zahlung heranzuziehen, nachdem von 894 Unternehmern der Offenbarungseid geleistet war. Mit Anträgen auf Unterfügung des Gewerbebetriebes hatte die Genossenschaft bisher wenig Glück. Sie bemerkt bitter: „Die Verwaltungen haben den Anträgen auch häufig entsprochen und die Entscheidung der Bezirksauschüsse herbeigeführt. Leider entsprechen die von den leigennannten Stellen ergangenen Entscheidungen aber nicht den Wünschen und berechtigten Ansprüchen der Berufsvereinsgenossenschaft. Bis in dem vorjährigen Bericht bereits ausgeführt, begründen die Bezirksauschüsse ihre ablehnende Haltung gegenüber den vorerwähnten Anträgen damit, die Nichtzahlung der Umlagebeiträge könne nicht als ein hinreichender Grund für die behauptete Unzuverlässigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete angesehen werden, um damit ein solch schwerwiegendes Verbot zu rechtfertigen. Im Berichtsjahre ist nur ein Fall bekannt geworden, wo der Bezirksauschuss zu Arnberg seine Entscheidung auf die Tatsache stützte, daß die dauernde Nichtzahlung der Genossenschaftbeiträge den Geschäftsinhaber nicht mehr befähige, seinen selbständigen Gewerbebetrieb weiter fortzuführen.“

Die braven Leute spielen also „Unternehmer“ weiter, wenn sie auch ihre Arbeiter nicht bezahlen und sich um die Berufsvereinsgenossenschaft gar nicht kümmern. Versichert waren im Berichtsjahre 34 965 Wabetriebe mit 224 737 Arbeitern, gegen 33 742 Betriebe und 216 346 Arbeitern im Jahre 1900. Die Zahl der gemeldeten Unfälle stieg von 7233 im Jahre 1900 auf 7717. Seit dem Bestehen der Genossenschaft wurden insgesamt 118 968 Unfälle gemeldet, darunter 3539 Todesfälle.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst betrug 1278 M. gegen 1281 M. im Jahre 1900. Der Lohn der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen ist also etwas gesunken.

Im Schlußworte meint der Bericht mit Hinblick auf die Reichsversicherungsordnung: „Einen wesentlichen Schatz bringt das neue Gesetz den Betriebsinhabern, indem es gestattet, daß sie die ihnen durch die Unfallversicherungsbestimmungen zugewiesenen Pflichten auf ihre Betriebsleiter übertragen können, d. h. machen, daß bei Vernachlässigung diese an Stelle des Betriebsinhabers in Strafe genommen werden können. Bei Anordnungen und bei der Aufsichtsführung können sogar die Pflichten auf die Aufsichtspersonen und sonstige Angestellte übertragen werden, so daß also diejenigen, von welchen man eine gewissenhafte Befolgung der Unfallversicherungsverpflichtungen erwarten muß, auch bei Vernachlässigung dieser Pflicht zur Verantwortung gezogen werden können.“

Die ganze Verantwortung überträgt man also künftig dem womöglich sehr schlecht bezahlten „Betrieblen“ und zieht selbst den Kopf aus der Schlinge. Der Unfallhaß wird dadurch sicher nicht besser werden und mit Recht, vom Standpunkt des reinen Profits, ruft die Berufsvereinsgenossenschaft zum Schluß aus, daß es der „unabhängigen Tätigkeit“ des Unternehmerverbandes zu danken sei, daß das Gesetz „besser“ geworden sei als das, „was in Aussicht stand“. Dem Unternehmenswert, nicht der Arbeiterklasse, nicht diese wie manche andere neue Vorchrift der Reichsversicherungsordnung, die zum Nachteil von Leben, Gesundheit und Recht der Arbeiter wirkt.

#### Graf für künstliche Gebisse.

Das Landgericht Weidum verurteilte dieser Tage die Krankenkasse der Zwangsammung der Bäcker in Weidum zur Zahlung der Kosten eines künstlichen Gebisses. Ein Mitglied der Kasse, die in ihrem Statut die Befreiung von „Vorräthungen, die zur Verfertigung und Erhaltung der Gebissfertigkeit noch besonderer Heilversfahren erforderlich sind“ verspricht, hatte sich 20 Jahre zuden und ein künstliches Gebiß anfertigen lassen. Die Kasse lehnte die Anspruch auf Ersatz ab. Die Aufsichtsbekörde (der Magistrat von Weidum) stellte sich auf denselben Standpunkt. Das Amtsgericht Weidum wies den Kläger mit seiner Klage auf Erfüllung der Kosten für das Gebiß ab, verurteilte dahingegen die Kasse zur Zahlung der Kosten für das Gebiß der 20 Jahre. Gegen dieses Urteil legte der Kläger Berufung ein mit dem Erfolge, daß das Landgericht in Weidum der Klage im vollen Umfang stattgab, und die Kasse auch zum Ersatz der Kosten für das künstliche Gebiß verurteilte. Zur Begründung dieses Urteils wurde auf den eingangs wieder gegebenen Passus des Krankenversicherungsstatuts Bezug genommen.

# Gewerkschaftliches.

## Christen schreien nach Zuchttausegetzen!

In der polnischen Ausgabe des „Vergnappens“, Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, im „Garnit Polski“, sowie im „Zwiaglowiec“ (Der Gewerkschaftler), dem polnischen Organ sämtlicher Zentrums-Gewerkschaften (Nr. 28 vom 15. Juli 1911) ist ein Artikel veröffentlicht, der sich mit dem 8. Kongress der freien Gewerkschaften in Dresden beschäftigt. Darin wird u. a. gesagt:

„Der sozialistische Rechtsanwält Dr. Heinemann sprach dann über das Koalitionsrecht in Deutschland, klagte über Verfolgung der armen Sozialisten von Seiten der Behörden, in einem Worte: er stellte die Sache so dar, als bestände in Deutschland überhaupt kein Koalitionsrecht. Schon die sozialistischen Verbände alleine, die so laut mit ihrem großen Mitgliederzuwachs prahlen und fortwährend einen brutalen Terrorismus gegenüber den nichtsozialdemokratischen Arbeitern ausüben, beweisen, daß Heinemann Fabeln erzählt hat und daß für die Sozialisten die Koalitionsfreiheit jetzt schon zu groß ist. Die braven Arbeiter, denen es nur um die Verbesserung ihrer Lage geht, würden ja eine größere Koalitionsfreiheit verdienen. Für die sozialistische wilde Horde (la dziozy socjalistyczny) dagegen ist die gegenwärtige zu groß und es wäre gut, wenn das zukünftige Strafgesetzbuch gegen ihren Terrorismus etwas einschärfendes tun würde. . . .“

Das zukünftige Strafgesetzbuch soll die gesamte Arbeiterschaft in Fesseln legen, — diese Forderung erheben fast zu gleicher Zeit die kapitalistischen Scharfmacher und — zwei christliche Gewerkschaftsblätter!

Zwei Herzen und ein Schlag.

### Berlin und Umgegend.

**Metallarbeiter!** Die Firmen Siemens u. Halske und Schudert suchen für ihre Betriebe in den verschiedensten bürgerlichen Blättern gelehrte Arbeiter mit dem Versprechen auf hohen Verdienst.

Es wird in den Inseraten verschwiegen, daß der hohe Verdienst nur durch Uebersinnlichkeit in unbeschränkter Zahl erreicht werden kann. Außerdem wird verschwiegen, daß derjenige, welcher in den Siemenswerken Arbeit nimmt, seines Koalitionsrechtes beraubt und zu der Mitgliedschaft zum gelben Werkverein, genannt Unterstützungsverein, gezwungen wird. Des weiteren muß jeder Arbeiter, der im Siemenswerk arbeiten will, den gelben Nachweis in der Holzmarktstraße passieren, um dort für die gelben Agitatoren 50 Pf. zu opfern.

Um die arbeitslosen Metallarbeiter vor Schaden zu bewahren, sei hiermit auf die Praktiken der Firma Siemens aufmerksam gemacht.

Wer das Koalitionsrecht nicht gefährden will, kann unter diesen Umständen in den Siemensbetrieben keine Arbeit annehmen.

Drückverwaltung Berlin  
des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Achtung, Bauarbeiter!** Am Donnerstag, den 3. August, sind die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Steinholzfleger und Helfer zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen in den Streik eingetreten.

Wir ersuchen alle Bauarbeiter für Fernhaltung des Zuguges zu sorgen. Der Zweigvereinsvorstand.

**Achtung! Stellmacher, Sattler und Ledierer!** Bei der Firma Boll u. Ruhwed, Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 101, befinden sich die Kollegen genannter Berufe seit 2. August wegen Lohndifferenzen im Streik. In der „Vollzeitung“ werden Stellmacher, die als Streikbrecher Verwendung finden sollen, gesucht. Wir erwarten, daß etwaige Arbeitsangebote zurückgewiesen werden. Die Drückverwaltungen.

### Deutsches Reich.

#### Terrorismus-Lügen.

Ueber den Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter verbreiten die kapitalistischen Blätter fortgesetzt den größten Terrorismusauschweifungen. Den streikenden Bergleuten wird jetzt einfach alles in die Schuhe geschoben, was im Streikgebiet irgend passiert. Es fehlt nur noch, daß man sie auch für die herrschende Hitze und die andauernde Trockenheit verantwortlich macht.

Den ausgesprochenen Unternehmerrassengruppen stellt sich bei solchem Tun auch ein „Arbeiterblatt“ würdig zur Seite. Das „Korrespondenzblatt“ der katholischen Hochabteilungen schrieb nämlich am 30. Juli in einer Betrachtung über den Streik:

„Schon in unserer letzten Nummer wiesen wir auf mehrere Fälle des gegenüber den Arbeitswilligen ausgeübten Terrorismus hin. Auch heute sind wir in der Lage, auf zwei derartige Fälle hinzuweisen, welche sich beim Streik der Sächsischen Steinholzfleger (?) in Oschersleben zugetragen haben. Einem Bergmann, der sich nicht in das Joch der Sozialdemokratie bequemen wollte und bis zum 18. Juli gearbeitet hatte, verweigerten die Streikenden ¼ Morgen Kartoffelfeld vollständig. Einem anderen Bergmann aus Hornhausen hat man nachts seine grüne Weste vom Feld abgemäht und einen Stod mit einem Schilde auf das Feld gesetzt mit der Aufschrift: „Gehe ruhig zur Arbeit, wir wollen Deine Weste schon mähen!“ Hieraus zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wohin die Theorie und die Praxis der Streikorganisationen den armen bedürftigen Arbeiter hinführt, so daß er durch die Verhöhnung und Aufreizung selbst vor dem Eigentum seines Nächsten und vor Gewalttätigkeiten nicht zurückbleibt.“

Die nachstehende Verächtlichkeit des Genossen Dreiwig entlarvt den Schwindel:

1. Es ist nicht wahr, daß streikende Bergarbeiter einem Arbeitswilligen in Oschersleben die Kartoffeln verwehrt haben. Wahr ist, daß derartige Streiche in Oschersleben fast jedes Jahr vorgekommen sind, auch wenn kein Streik war. Die Streikenden haben damit nichts zu tun, was selbst die in Oschersleben erscheinenden Zeitungen anerkennen mußten.

2. Es ist nicht wahr, daß einem Arbeitswilligen in Hornhausen von Streikenden die grüne Weste abgemäht worden ist und auf dem Felde ein Plakat mit der Aufschrift: „Gehe ruhig zur Arbeit, wir wollen Deine Weste schon mähen“, aufgestellt wurde.

Wahr ist, daß der Streikleitung und den Einwohnern von Hornhausen nichts von einem unbefugten Abmähen eines Getreidefeldes und dem Aufstellen eines Plakates bekannt ist, so daß diese Notiz also nur der Phantasie eines einzelnen entsprungen sein kann.

### Hochachtungsvoll

Die Streikleitung J. A.: Josef Dreiwig.

**Solidarisches Vorgehen der Marinetechniker.** Der Konflikt der in der kaiserlichen Marine beschäftigten technischen Hilfsbeamten beschränkte sich bisher hauptsächlich auf die bei den Intendanturen und den Garnisonbauämtern beschäftigten Bautechniker, denen gelündigt worden war, weil sie den neuen Privatdienstvertrag seines rigorosen Inhaltes wegen nicht anerkennen wollten. Die im Bunde der technisch-industriellen Beamten organisierten Techniker der Maschinen- und Schiffbau- und Torpedoresortis hatten sich aber von vornherein mit den Bautechnikern solidarisch erklärt und ebenfalls die Anerkennung dieses Dienstvertrages verweigert. Vor dem Bekanntwerden des Inhaltes dieses Dienstvertrages waren von den Werften eine Anzahl neuer Techniker engagiert worden, die aus Unkenntnis der Verhältnisse den Dienstvertrag unterzeichneten. Diese Techniker haben nun, soweit sie dem Bunde angehören, ihrer vorgelegten Behörde mitgeteilt, daß sie die durch ihre Unterschrift ausgesprochene Anerkennung des Dienstvertrages zurückzuziehen wünschen. Falls ihnen das nicht gestattet wird, wollen sie am 15. August solidarisch ihre

Kündigung einreichen. Der Bund der technisch-industriellen Beamten gewährt für den Fall einer daraus sich ergebenden Stellunglosigkeit die für solche Fälle vorgesehene Solidaritätsunterstützung.

## Metallarbeiterstreik in Barmen-Elberfeld und Vohwinkel.

Am 15. April haben der Metallarbeiterverband, der christliche Metallarbeiterverband und der Gewerksverein der Maschinenbauer (S.-V.) dem Arbeitgeberverband im bergischen Industriebezirk den Vorschlag unterbreitet, wegen Regelung der Arbeitszeit in den Betrieben der Metallindustrie mit ihnen in Verbindung zu treten. Der Vorschlag ist von den Unternehmern unter nichtlagenden Gründen abgelehnt worden. Ein zweites Anschreiben blieb gänzlich ohne Antwort.

In der Zeit vom 30. Juni bis 20. Juli wurden dann bei 35 Firmen, die etwa 2300 Arbeiter beschäftigen, Forderungen eingereicht. Es wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden und zum Ausgleich für die verkürzte Arbeitszeit eine Lohnzulage von 10 Proz. verlangt. Für gelehrte Arbeiter sollte der Mindestlohn 50 Pf. pro Stunde und für ungelernete Arbeiter 45 Pf. betragen. Auch für die Akkordpreise sollte ein entsprechender Ausgleich geschaffen und die Löhne überhaupt einer Durchsicht unterzogen werden. Uebersunden sollten möglichst vermieden, sonst aber mit 25 bis 50 Proz. Zuschlag, Nachtarbeit mit 100 Proz. vergütet werden.

Versuche der Arbeiter, in einzelnen Betrieben durch Entgegenkommen die Differenzen in friedlicher Weise zu schlichten, blieben so gut wie ohne Erfolg. Für nur rund 300 Arbeiter konnten befriedigende Abmachungen — wöchentliche Arbeitszeit bis zu 56 Stunden und entsprechende Lohnerhöhungen — abgeschlossen werden. Am 27. Juli haben dann 200 und am 28. weitere 400 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Montag, den 31. Juli, hat der Unternehmerverbandes erneut abgelehnt, seinen Mitgliedern zu gestatten, eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden zu bewilligen zu dürfen. Infolge dieses Beschlusses nimmt der Streik täglich an Ausdehnung zu, so daß bis Ende dieser Woche sich rund 2000 Arbeiter der am Streik beteiligten Organisationen im Ausstand befinden werden.

**Streik.** Am Bau des Beserwehres bei Dörverden haben vierzig Zimmerer die Arbeit eingestellt. Veranlassung gab dazu die unregelmäßige Arbeitszeit, welche bis zu 15 Stunden täglich betrug. Außerdem wurde auch des Sonntags gearbeitet. Die Zimmerer beschließen, in Zukunft nicht länger als 11 Stunden zu arbeiten. Für den Ausfall an Lohn soll ein Aufschlag des Betrages von 60 auf 65 Pf. pro Stunde gefordert werden. Da die Forderungen nicht akzeptiert wurden, nahmen die Zimmerer die Arbeit nicht wieder auf. Ausgeführt werden die Arbeiten von der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau, Berlin, Filiale Kassel.

Um Fernhaltung des Zuguges wird ersucht. Zentralverband der Zimmerer. Bau Hannover.

### Schwindel über Streikruhen.

Durch die bürgerliche Presse ging am Dienstag und Mittwoch eine Meldung, daß in einem Ort bei Halle 100 Streikende am Montag eine Zementfabrik mit Steinen bombardiert und Streikbrecher mit Revolvern beschossen haben. Diese Nachricht beruht auf Schwindel. Es sind bei dem Vorfall außer den paar ausgesperrten Streikposten fast keine Streikenden zugegen gewesen, und diese haben nachweislich noch heute vom Steinwerfen energisch abgehalten. Die Streikbrecher aber haben seit einigen Tagen auf dem Fabrikgrundstück mit Revolvern herumgeschuftert und Personen bedroht. Am Montag sammelte sich infolge einer Auseinandersetzung mit einem Streikbrecheragenten und einem Gendarmen eine Menge Reugieriger vor der Fabrik an. Streikbrecher betreten bei Einbruch der Dunkelheit die Menge mit Steinen und schossen wiederholt aus Revolvern. Aus der Menge wurde mit Steinwürfen beantwortet, wodurch in der Dunkelheit die Scheiben von etwa einem Dutzend Fenstern der Kantine und des Verwaltungsgebäudes zertrümmert wurden.

Weiterer Schaden ist nicht entstanden. Die Halle'sche Polizei, die gerufen wurde, fand nichts mehr zu tun vor. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

### Ausland.

#### Drohender allgemeiner Bergarbeiterstreik.

London, Anfang August 1911. Nach zweitägiger Beratung hat die Bergarbeiterföderation folgende Beschlüsse gefaßt. Die Leiter der Föderation werden beauftragt, eine Konferenz mit den Vertretern der Werksbesitzer des ganzen Landes anzuberaumen, um die Frage der Bezahlung des Minimallohns an Arbeiter, die an „abnormen“ Stellen arbeiten, zu regeln. Falls die Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter nicht bewilligen, so sollen die 600 000 Mitglieder der Föderation befragt werden, ob der Generallstreik erklärt werden soll.

Die Frage der „abnormen Arbeitsstellen“ ist durch den noch immer währenden erbitterten Kampf der Bergarbeiter des Rhonddales in den Vordergrund gerückt worden. In Südwalles kann eine Einigung nicht zustandekommen, da sich die Werksbesitzer beharrlich weigern, den Bauern einen gewissen Minimallohn (8 Schilling und 9 Pence) zu garantieren. Obwohl in der britischen Montanindustrie ein sogenannter Minimallohn besteht, kann sich doch ein Arbeiter, der eine Arbeitsstelle bekommt, wo die Hindernisse und die Ausbeute klein ist, die ganze Woche lang abrodern und vielleicht nur die Hälfte des ihm nach dem Tarif zugesicherten Lohnes nach Hause bringen. Vor einigen Wochen desabolierte die Bergarbeiterföderation die Streikenden, da diese den zwischen den Leitern der Föderation und den Werksbesitzern geschlossenen Vertrag nicht angenommen hatten. Seitdem haben sich aber die Dinge verändert. Die Leiter und die Konferenz der Bergarbeiterföderation waren im guten Glauben, daß die Verhandlungen der Arbeitgeber wirklich ernst zu nehmen seien und daß die Bergarbeiter den Minimallohn von 8 Schilling und 9 Pence erhalten würden. Dieser Glaube wurde bald durch die ungeschminkte Behauptung des Oberstarbmeisters Thomas, des Leiters des Rechenamtes im Rhonddale, daß die Versprechen der Werksbesitzer „keinen Geldwert“ hätten, gestört.

Auch in anderen Revieren ist die Frage der „abnormen Arbeitsstellen“ sehr akut. In Süd-Derbyshire hat sich der Bergarbeiterverband mit den Werksbesitzern über den Punkt geeinigt und in einigen anderen Distrikten verhandelt man. Aber die große Masse der Werksbesitzer will von einem garantierten Minimallohn nichts wissen. Spricht man mit englischen Bergwerksbesitzern oder Bergwerksdirektoren, so hört man nur von der prekären Lage der Industrie und der Unmöglichkeit, noch weitere Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Nun darf man diese Klagen allerdings nicht zu tragisch nehmen; aber es ist zweifellos richtig, daß viele der kleineren und weniger produktiven Gruben am Rande ihrer Leistungsfähigkeit unter der jetzigen Privatwirtschaft angelangt sind. So können manche Gruben in Lancashire sich gegen die Konkurrenz der reichen Gruben in Yorkshire nur noch unter großen Anstrengungen behaupten. Bei den Grubenbesitzern führt diese durch die innere Konkurrenz hervorgerufene Entwidlung zur Ausbreitung des Gedankens, ein Kartell oder ein Syndikat zu gründen. Bei den Bergarbeitern wird die Forderung, die Gruben zu verstaatlichen immer lauter. Dies ist um so bemerkenswerter, als die britischen Bergarbeiter in den letzten Jahren, nachdem sie mit der Lage der Arbeiter in den preussischen und österreichischen Staatsbergwerken näher bekannt geworden waren, der Verstaatlichung der Bergwerke etwas skeptisch gegenüberstanden.

Die Klagen der Werksbesitzer, die in der rücksichtslos kapitalistischen Organisation ihrer Industrie ihren Boden haben, können die Arbeiter natürlich nicht davon hindern, ihre Interessen energisch zu verteidigen. Der Schluß drückt sie an einem anderen Orte, und daß der Schluß augenblicklich einen ungewöhnlich harten Druck ausübt, darüber sind sich alle Arbeitervertreter einig. Ein Bergarbeitervertreter, den man sicher nicht zu den radikalsten zählen kann, verfiderte mir, daß es augenblicklich nur eines Funken bedürfte, um das ganze Land in hellen Aufruhr zu versetzen. In

allen Bergwerksrevieren predigt man den Generallstreik. Entwürfe der walisischen Streikenden ziehen im ganzen Lande umher, um ihre Kameraden zu einem allgemeinen Streik der Bergarbeiter zu bewegen. Nach privaten Berichten ist ihre Propaganda sehr erfolgreich. Die bürgerliche Presse versucht, die Bewegung beharrlich totzuschweigen; man wundert sich jedoch nicht, wenn innerhalb weniger Wochen der britische Bergknappe seine Drohung plötzlich in die Tat umsetzt.

### Eine Lohnbewegung in Mexiko.

Der Zusammenbruch der Herrschaft des Präsidenten Diaz hat auch in der Arbeiterkassette Kräfte ausgelöst, die längst auf eine Vertilgung warteten. Unter Diaz wurden alle Lohnbewegungen mit größter Brutalität niedergeschlagen; der Streikende galt als Verbrecher. Gegenwärtig sind Streiks in Massen ausgebrochen; die Arbeiter der Industrie, des Bergbaus und des Verkehrs fordern höhere Löhne und bessere allgemeine Bedingungen bei der Arbeit. Zahlreiche Streiks sind bereits nach kurzer Dauer gewonnen worden; die Arbeiter haben die öffentliche Meinung für sich, man sieht ein, daß die bisherigen Verhältnisse unhalbar geworden sind. Vor zehn Jahren wurde für ungelernete Arbeiter ein Tagelohn von 1 M. gezahlt, der allmählich auf 1,40—1,60 M. stieg. Jetzt werden 2 M. bis 2,40 M. verlangt und vielfach auch gezahlt. Diese Löhne muß man messen an den Löhnen in den benachbarten Vereinigten Staaten, um zu erkennen, wie niedrig sie immer noch sind.

Auf die Landarbeiter hat sich die Bewegung noch nicht erstreckt. Diese arbeiten meist wie Leibeigene, in Schuldknechtschaft. Dieser Zustand ist ebenfalls in dem neuen Mexiko unhaltbar geworden, und man erwartet Maßnahmen durch die Gesetzgebung. Man wird dazu gezwungen sein, um gewaltsamen Ausbrüchen vorzubeugen.

Trotz der allgemeinen Lohnerhöhung, die zurzeit angestrebt wird, kann Mexiko immer noch sehr billig produzieren, da die Kosten des Lebensunterhalts sehr gering sind. Die Lohnerhöhungen werden von der öffentlichen Meinung auch insofern begünstigt, als man allgemein die Volksmassen auf ein höheres Kulturniveau bringen möchte, zum Nutzen des ganzen Landes. Die Unternehmer haben mit dieser Stimmung zu rechnen, wenn sie sich sehr hartnäckig zeigen.

## Verfammlungen.

**3. Wählkreis.** Zu dem Bericht über die letzte Generalversammlung ist folgendes zu berichten: Die als Beisitzer aufgeführten Genossen Müller, Wenzel und J. Schmidt sind als solche nicht gewählt worden, wohl aber R. Kowier.

**Sechster Wählkreis.** Verhöhnung. In unserem Bericht von der Kreisgeneralversammlung befindet sich ein bedauerlicher Irrtum. Nicht gegen den Genossen Otto Frank, sondern gegen den Genossen Richard Wagner beschloß die Versammlung auf Grund des § 23 des Organisationsstatuts das Ausschlussverfahren zu beantragen. Genosse Frank war im Gegenteil Referent des Vorstandes in dieser Angelegenheit.

Der Zentralverband der Fleischer erklärte am Mittwoch in seiner Mitgliederversammlung die Frage: „Ist es angebracht, im Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten?“ — Die der Ortsvorsitzende Bergmann ausführte, ist in der vorigen Versammlung der Antrag gestellt worden, im kommenden Herbst eine allgemeine Lohnbewegung ins Werk zu setzen. Infolgedessen haben sich der Vorstand und die Vertrauensmänner mit der Frage beschäftigt, ob es ratsam sei, dem Antrage Folge zu geben. Beide Körperschaften haben sich nach eingehender Prüfung der Verhältnisse mit überwiegender Mehrheit dahin ausgesprochen, daß es nicht angängig sei, im Herbst in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Der Redner trug die Gründe vor, welche für den Vorstand und die Vertrauensmänner ausschlaggebend waren und ersuchte die Versammlung, sich dem Entschluß dieser Körperschaften anzuschließen. — Es folgte eine längere Debatte. Eine Anzahl von Rednern hielt fest an dem Verlangen, daß durch eine Lohnbewegung im Herbst die Verhältnisse der Fleischer aufgebessert werden. Schließlich drangen aber die Gründe des Vorstandes, die Bergmann nochmals darlegte, durch und die Versammlung lehnte den Antrag auf Eintritt in eine Lohnbewegung mit allen gegen einzelne Stimmen ab.

Hierauf gab Bergmann den Geschäftsbericht für das zweite Quartal. Daraus geht hervor, daß sich die Zahl der Berliner Mitgliedschaft in dieser Zeit sehr bedeutend vermehrt hat. Während im 2. Quartal 1910 5000 Beitragsmarken abgesetzt wurden, sind im 2. Quartal 1911 bereits 11 012 Beitragsmarken verkauft worden. Die Jahreshöhe Berlin steht mit ihren 1200 Mitgliedern als die stärkste des Verbandes da. Sie wird trotz aller Hindernisse, die ihr die Gelben im Bunde mit den Reifern zu bereiten suchen, weiter fortschreiten.

## Letzte Nachrichten.

### Schwerer Baunfall in Chemnitz.

Chemnitz, 3. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der Reinhardtstraße sind 6 Arbeiter und zwar 5 Maurer und ein Klempner Donnerstagsabend kurz vor 6 Uhr schwer verunglückt. Das Unglück wurde durch den Zusammenbruch einer Decke verursacht, die im Fallen die Treppendecke mit sich riß. Die Arbeiter wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

### Soldaten als Streikbrecher.

Augsburg, 3. August. (Pr.-C.) Seit drei Wochen streiken in 70 Werkstätten die Schlossergesellen. Mehrere Soldaten des hiesigen 3. Infanterieregimentes benutzten ihren Erntekauf dazu, um in den von dem Streik betroffenen Werkstätten zu arbeiten. Als der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes davon erfuhr, machte er dem Kommandeur des Regimentes hiervon Mitteilung. Die Soldaten wurden darauf von ihrem Regiment aus dem Urlaub zurückgerufen.

### Die Cholera.

Triest, 3. August. (W. T. Z.) Heute ist ein neuer Cholerafall festgestellt worden.

Wien, 3. August. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, ist in der montenegrinischen Armee die Cholera ausgebrochen.

### Kampf mit „eisernen Waffen“.

Budapest, 3. August. (W. T. Z.) Zwischen den Abgeordneten Pal und Poszgay fand heute ein Södelwett statt, bei dem Poszgay nach fünf Gängen einen scharfen Kopfschlag, Pal einen flachen Hieb auf die Schulter erhielt. Die Gegner verzöhten sich.

### Bombenattentat gegen einen Arbeiter.

Saint Etienne, 3. August. (A. H.) In der vergangenen Nacht explodierte eine Bombe vor der Wohnung eines Arbeiters in Chambom-Rugeroles. Mehrere Arbeiter, die sich gerade in der Nähe befanden, wurden durch Holzsplitter nicht unerheblich verletzt. Die Urheber dieses Bombenattentates konnten nicht ermittelt werden.

### Die reifangenen Polizisten.

Toulon, 3. August. (West-Telegraph.) In La Verdère (Dep. Var) drangen heute Nacht einige Gendarmen in ein Kaffeehaus ein, in dem Bakkarat gespielt wurde. Als sie die Namen der Spieler feststellen wollten, entwanden einige von ihnen, schlossen die Tür von draußen ab und verbarrikadierten das Gebäude. Die Sicherheitsbeamten mußten bis zum nächsten Morgen im Saal eingeschlossen bleiben.

2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbekleideten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften.

Böln, 5. August.

Vom 7. bis 9. August tagt hier im „Colonia-Haus“ der zweite Verbandstag des Verbandes der Bureauangestellten usw. Deutschlands. Die Delegierten haben den Bericht über die erste Geschäftsperiode des Verbandes (1. Juli 1908 bis 31. Dezember 1910) entgegenzunehmen. In dieser Periode war es eine der wichtigsten Aufgaben der Verbandsleitung, die organisatorische Zusammenlegung des früheren „Zentralvereins der Bureauangestellten“ mit dem „Verband der Verwaltungsbekleideten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften“ zur vollkommenen, geistigen und materiellen Verschmelzung zu verbinden. Der Vorstand konstatiert in seinem Geschäftsbericht mit Befriedigung, daß die Verschmelzung sich ebenso glatt vollzog, wie die vom ersten (Berliner) Verbandstag für den 1. Juli 1908 angeordnete geschäftliche Zusammenlegung. Mit der Schaffung der Einheitsorganisation ist die Stellung des Verbandes in der deutschen Bureauangestelltenbewegung gefestigt. Er ist nicht nur ziffermäßig allen anderen Verbänden überlegen, sondern ist die maßgebende gewerkschaftliche Organisation. Seit der Verschmelzung hat der Verband um 1549 Mitglieder zugenommen. Nach vollzogener Verschmelzung wurden am 1. Juli 1908 insgesamt 4234 Mitglieder gezählt. Das Jahr 1910 schloß mit einem Mitgliederbestand von 5783, darunter 184 weibliche, ab.

Auf sozialpolitischem Gebiete hat der Vorstand in der Berichtszeit eine sehr rege Tätigkeit entfaltet — entfallen müssen. An der Weiterentwicklung der staatlichen Sozialpolitik sind die Bureauangestellten ja besonders lebhaft interessiert. Die ungesunden Verhältnisse, denen die Gesetzgebung durch ihre erschreckliche Latenzlosigkeit wirksam Vorstoß leistet, verweisen das Gros aller Bureauangestellten auf die staatliche Hilfe wie keine zweite Gruppe unter den Privatangestellten. Entsprechend diesem Interesse hat der Vorstand des Verbandes durch ausführliche Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften zu allen Vorgängen in der allgemeinen Sozialpolitik Stellung genommen und die Forderungen des Verbandes aufgestellt. Während der Berichtszeit — so sagt der Vorstand in seinem Bericht — hat aber die deutsche Sozialpolitik das seit vielen Jahren gewohnte Bild der Unfruchtbarkeit und des Stillstandes. Der 1907 gewählte Reichstag, der infolge des Mandatsverlustes der Sozialdemokratie nun erst recht Sozialpolitik treiben wollte, hat durch seine die arbeitenden Volksmassen ausplündernde „Finanzreform“ des Jahres 1909 zwar die Notwendigkeit sozialgesetzlicher Fürsorge ungemein gesteigert, hat ihr aber gar nicht die Rechnung getragen. Den engstirnigen Regierungsentwurf der Reichsversicherungsordnung hat die Mehrheit des Reichstages organisatorisch noch verschlechtert und materiell nicht verbessert. Die Forderungen des Verbandes, die dieser gemeinschaftlich mit den angeschlossenen Verbänden durch mehrere eingehend begründete Petitionen der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“ beim Reichstag geltend machte, ignorierte er vollständig. Diese Behandlung hatten die Privatangestellten gemein mit der Industrie- und Landarbeiterschaft. Rückhaltlos wurden ihre Interessen — so konstatiert der Vorstand — allein durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wahrgenommen.

Neben dem Versuch, auf sozialpolitischem Gebiet Verbesserungen für seine Mitglieder zu erreichen, war der Verband aber auch auf eifrigste Weise durch wirtschaftliche Bewegungen die Lage der Bureauangestellten zu heben. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Verbänden des Berufes legte der Verband großes Gewicht auf die unmittelbare Beeinflussung der Arbeitsbedingungen. Die gegnerischen Verbände beschränken sich bekanntlich auf die Anrufung der sozialpolitischen Hilfe des Staates. Können sie einmal an die Gehaltsfrage, so nur in der Form eines devoten Appells an die „soziale Einsicht“ der Prinzipale. Was von der „sozialen Einsicht“ der Arbeitgeber zu halten ist, zeigte die Behandlung der Forderung von Teuerungszulagen seitens der Rechtsanwälte. Der Verband schlug vor, Gehälter über 100 M. monatlich um 10 Proz. zu erhöhen, die niedrigeren um 20 Proz. zu erhöhen. Der die miserablen Gehälter der Angestellten bei Rechtsanwälten kennt, muß zugeben, daß diese Forderung sicher nicht übertrieben war. Das unannehmliche Zahlenmaterial des Verbandes, mit dem dieser die Notwendigkeit der Gehaltserhöhung nachwies, hat aber die „soziale Einsicht“ der Rechtsanwälte nicht wachgerüttelt. Nur ein winziger Teil der Anwälte besserte die Gehälter auf. Er-

folgreicher war das gleiche Vorgehen bei den Krankenkassen. Einen wirtschaftlich bedeutenden und organisatorisch wichtigen Erfolg brachte die Lohnbewegung bei der „Victoria“. Wertvolle Gehaltsverbesserungen wurden bei einigen Sterbekassen Münchens erlangt. Die gesamten Lohnbewegungen von 1909 und 1910 brachten folgende Erfolge:

Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 163 Personen um 215 Stunden pro Woche, und eine Erhöhung der Gehälter für 1155 Personen um rund 11 550 M. pro Monat.

Die Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Ortskrankenkassen wurde von der geschäftsführenden Kasse zu ihrem Ablauf am 31. Dezember 1911 genehmigt. Wie aus den Verhandlungen der Generalversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen noch immer sehr deutlich hervorgeht, beschloß diese, die Tarifverhandlungen mit dem Verband der Bureauangestellten fortzusetzen, wenn die Angestellten einige strittige Punkte fallen lassen. Eine Gehaltserhöhung um 100 M. pro Jahr wurde bereits zugestanden. Nach dem letztjährigen Bericht des Zentralrates wurden 152 Ortskrankenkassen mit 1 633 653 Mitgliedern als tarifreue bezeichnet, die insgesamt 1925 Angestellte und 221 Hilfsarbeiter beschäftigen.

Nach dem Rechnungsabluß balanzieren die Einnahmen und Ausgaben in der Geschäftsperiode mit 214 227,17 M. An Verbandsbeiträgen wurden 158 386,02 M. vereinnahmt. Für Unterstützungen wurden 45 505,23 M. aufgewendet, für Agitation 4116,25 und für die Verbandszeitschriften 58 730,33 M. Die Beitragsanteile der Ortsgruppen betragen 20 249,28 M. Das Vermögen des Verbandes hat sich um 27 412,22 M. auf 58 157,78 M. erhöht.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen neben den Geschäftsberichten Referate über das Angestelltenrecht in der Reichsversicherungsordnung, die sozialpolitische Gesetzgebung und über die Agitation. Ferner soll das Statut und das Regulator der Pensionsunterstützungskasse einer Aenderung unterzogen werden. Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten sind zahlreiche Anträge gestellt. Von diesen ist besonders einer vom Bezirk Hessen-Rheinland wichtig, der verlangt, daß der Vorstand mit dem Verband der Handlungsgehilfen und dem Verband der Lagerhalter zwecks Verschmelzung zu einem gemeinsamen Verbande in Unterhandlungen treten und dem nächsten Verbandstage hierüber Bericht erstatten soll.

Aus Industrie und Handel.

Börse, Offiziere und Kriegsinteresse.

Auf der Börse, wo die berufsmäßige Spekulation zurzeit ziemlich zurückgezogen lebt, lassen sich jetzt recht interessante Beobachtungen machen. Daß mit der Hitze die Hoffnung auf besondere Gewinne bei den Brauereien steigt und deswegen die Kurse in die Höhe klettern, ist nicht weiter verwunderlich. Wenn aber die Aussicht auf gute Kriegsgeschäfte die Spekulation zu Ankäufen in Wertpapieren, Waffen- und Munitionsfabriken anreizt, so ist dies schon beachtenswerter. Aber noch größere Aufmerksamkeit verdient dies, wenn, wie in der „Deutschen Montagszeitung“ behauptet wird, höhere aktive Offiziere zu den Kauf- und Spekulationslustigen in solchen Papieren gehören. Im besonderen sollen zu den Aktionären der Deutschen Waffenfabrik derlei Herren gehören.

Die Aktien dieses Unternehmens haben in den letzten Tagen eine Kurshöhe von über 400 Proz. erklommen. Neben den Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionswerke waren es auch die der ihr nahestehenden Dürener Metallwerke, die von dem Kriegslärm profitierten. Auch die Kasseier Federstahl-W.G., die eine Kriegsmaterialienabteilung besitzt, die Vöhrler Stahlwerke, die Stettiner Vulkanengesellschaft — sie sollte angeblich Staatsaufträge schon erhalten haben — gehörten zu den gesuchten Börsenpapieren.

Daß die Papierbesitzer gehörig mit dem Säbel rasseln, um die Aussicht auf große Geschäfte zu steigern und damit die Kurse noch weiter in die Höhe zu treiben, ist erklärlich. So erhöht Verfall und Geschäft aber auch die Kriegsgefahr. Die Vorgänge zeigen das Treiben der Edelsten der Nation in bengalischer Beleuchtung. Da erkennt man die heiligen Interessen und die „Ehre der Nation“, die es angeblich zu-

verteidigen gilt, um berechtigen des Volkes Söhne als Nonnenfutter dienen sollen.

Die Hausagrarier.

Die „Deutsche Mittelstandszeitung“ veröffentlicht ein Hausbesitzerprogramm. Unter anderem enthält es die folgenden bescheidenen Forderungen:

Es ist anzustreben eine Verringerung der Ueberproduktion im Häuserbau. Es ist die Bedürfnisfrage im Wohnungsbau einzuführen.

Forderung an Staat und Kommunen: die Vergünstigung der Baugenossenschaften, insbesondere die Hergabe von Geld unter dem ordentlichen Zinsfuß und die Vereinfachung der bis zu 90 Proz. und darüber ist endgültig einzustellen.

Das könnte den Herren „Bedürfnis“-Hausbesitzern so passen, wenn die Möglichkeit, den Wohnungswucher zu hemmen, erdroffelt würde.

Zwei neue Riesentanks der „Union Oil Company“.

Die amerikanische Petroleumindustrie hat ohne Zweifel einen Zug ins Großartige. So dürften die sogenannten „pipo lines“, die 130 000 Kilometer langen Röhrenleitungen, in denen das Petroleum von der Gewinnungsstelle nach den Küstenhäfen gepumpt wird, ihresgleichen in der technischen Welt suchen. Im letzten Jahre wurden zwei neue Riesentanks geschaffen. Es sind dies zwei mächtige Deltatanks, die die Union Oil Company of California in der Nähe von San Luis Obispo in Kalifornien erbaut hat. Jeder dieser Tanks faßt nicht weniger als 1,52 Millionen Gallonen Öl. Der Durchmesser ist 183 Meter, die Höhe 6,25 Meter. Zum Planieren und zur Herstellung der Fundamente mußten 61 000 Kubikmeter Erdbreich bewegt werden.

Die Wände der Tanks sind unten 90 Zentimeter, oben 15 Zentimeter stark, also verhältnismäßig dünn. Sie bestehen aus Beton, das in Formen gestampft und durch Rundstehstäbe verstärkt wurde. Es wurden dabei 250 Tonnen Eisen und 9200 Kubikmeter Beton verbraucht und 450 000 Meter Holzbalken zur Konstruktion verwendet. Der Boden ist 6,3 Zentimeter stark und enthält Drahtgeflechtelage. Die Herstellung beider Tanks, bei der 600 Menschen tätig waren, wurde in der kurzen Zeit von vier Monaten vollendet.

Die Tanks werden aus 20 Zentimeter weiten pipo lines gespeist, denen von den 200 Meilen entfernten Oelfeldern täglich etwa 38 000 Gallonen herangepumpt werden. Aus den Tanks kommt das Petroleum in eine bei San Luis Obispo errichtete Pumpsation und wird von da aus durch große pipo lines nach dem Hafen San Francisco, bezw. in die dort liegenden Schiffe geleitet, die auf diese Weise viel schneller gefüllt werden können und nicht mehr tagelang im Hafen zu liegen brauchen wie früher. Die Herstellungskosten eines jeden dieser Riesentanks beziffern sich, wie der „Prometheus“, dem wir diese Angaben entnehmen, mitteil, auf 250 000 Dollar.

Aus der Frauenbewegung.

Organisierbarkeit der Arbeiterin.

In einem interessanten Aufsatz über die „Organisierbarkeit der Arbeiterin“ in einer von Heinrich Braun herausgegebenen neuen Zeitschrift „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“, bespricht Adolf Braun auch die bei der Organisierung der Arbeiterinnen zu überwindenden Schwierigkeiten.

Der bestehende auffällige Unterschied in der Organisierbarkeit der Arbeiterin stamme aus der Zugehörigkeit zum männlichen oder weiblichen Geschlecht. Es nehme zwar die Zahl der organisierten Arbeiterinnen jetzt gewöhnlich rascher zu als die der Arbeiter, aber jeder weiß, daß die Organisationen einen viel geringeren Anteil der Arbeiterinnen in der ganzen Volkswirtschaft umfassen, als der Arbeiter. Eine Erklärung für diesen Unterschied wird dahingehend gegeben: Bei seinem Eintritt in die Fabrik ist der Arbeiter sich besser bewußt, daß er sein ganzes Leben in der Abhängigkeit vom Unternehmer bleibt, daß er niemals ein „Selbständiger“ werden wird. Wohl mag er die Arbeitshütte, manchmal auch seinen Beruf wechseln, aber nie die soziale Stellung. So wird ihm die Erkenntnis leicht, daß er seine Lage nicht verbessern kann, indem er vergebliche Anstrengungen macht, zur Selbständigkeit zu gelangen, sondern indem er im Verein mit seinen Arbeitsgenossen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen anstrebt. Anders liegen die Verhältnisse bei der jungen

Kleines Feuilleton.

Die „unehrlichen Menschen“ in Japan. Als vor einigen Monaten in Japan die berühmte „Anarchisten“-Jagd inszeniert wurde, hat es sich nur zu deutlich erwiesen, wie tief dieses Land, das gewiß auf manchen bewundernswürdigen Fortschritt zurückblicken kann, noch in der mittelalterlichen Barbarei steckt. Den drastischen Beleg dafür bildet eine merkwürdige soziale Erscheinung, wie sie sich wohl in einer solchen Reinheit in keinem Lande der Welt mehr erhalten hat und die uns lebhaft an unsere eigene mittelalterliche Vergangenheit erinnert. Das ist die Existenz einer in sich geschlossenen Klasse der „unehrlichen Menschen“, d. h. solcher Menschen, die den Berufen nachgehen, die in den Augen ihrer Mitbürger als unwürdig und unrein gelten. Die nähere Aufklärung über den Ursprung und kulturgeschichtliche Stellung dieser Klasse — „Eta“ nennen sie die Japaner — verdanken wir Prof. Karl Florenz in Tokio, über dessen Forschungsresultate „Petermanns Mitteilungen“ einen ausführlichen Bericht bringen.

In der sozialen Gliederung des alten Japan, wo das Prinzip strengster Sondernung der Stände eine unumkehrliche Geltung genoss, waren die Eta durch eine tiefe Kluft von der übrigen „ehrliehen“ Gesellschaft getrennt. Sogar sprachlich galten sie nicht als Menschen; sie wurden z. B. nach „Studen“ gezählt. Zu den Eta wurden zunächst alle die gerechnet, die „unehrliche“ Gewerbe trieben. Solche Gewerbe waren die des Räucherers, Gerbers und Abdeckers; ferner gehörten zu den Eta: der Totengräber, der Leichenverbrenner und der Denker mit seinen Gefellen. In älterer Zeit jedoch war der mit Verachtung belegte Kreis noch größer: Färber, Fischer, Kesselmacher, Löffler, Mörtelarbeiter, Pinself- und Fuchsmacher, Barbier, Rationettenspieler — sie alle wurden den Eta gleichgestellt. Wir sehen hier übrigens dieselbe Erscheinung, wie sie uns auch in der europäischen Geschichte begegnet: gar mancher Beruf mußte, bevor seine soziale Notwendigkeit genügend erwiesen war, solche Unwürdigkeitsrückstellungen über sich ergehen lassen.

Von dem Staat wurden die Eta als Mitglieder der Volksgemeinschaft nicht anerkannt; noch bis tief in das 19. Jahrhundert hinein galten sie so gut wie vogelfrei. Das Volk verabscheute sie aufs äußerste und mied jede Berührung mit ihnen. Es bestand die Anschauung, daß ihr Blut unrein sei; der Stand der Eta galt als erblich. Es gab demnach für sie keine Möglichkeit des Emporkommens, der Befreiung.

Merkwürdig genug, daß neben diesen Ausgestoßenen eine noch tiefer stehende soziale Schicht der sog. „Nidamenschen“, der „Hinin“, existierte. Das waren die „fahrenden“ Leute Japans: Bettler, Schauspieler, Prostituierte und Landstreicher jeder Art. Obgleich diese Leute noch geringer galten als die Eta, besaßen sie den letzten gegenüber einen entscheidenden Vorteil. Sie konnten sich nämlich aus ihrem Stande in die bürgerliche Gesellschaft emporarbeiten. Woher dieser auffallende Unterschied? Der genannte Forscher

sieht den Grund darin, daß die beiden sozialen Schichten verschiedenen Ursprungs waren. Während nach seiner Meinung die Hinin Zerfallsprodukte der japanischen Gesellschaft selbst darstellten, mählten die Eta von Anfang an den Japanern gegenüber eine abgesonderte Schicht gemein sein. Und zwar lassen sich manche Besonderheiten der Eta am ungezwungensten dadurch erklären, daß wir in dieser Klasse die Nachkommen der tiefer stehenden Ainu erblicken, die von den Japanern schon vor dem 9. Jahrhundert besiegt und im Lande angegliedert wurden.

Ein stark hervortretendes Merkmal der Eta ist ihr Fleischnuß, der sie von der übrigen Bevölkerung scharf unterscheidet. Da ist es doch ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß auch die Ainu stets Jäger und Fleischnuß waren; sie kannten nie die Scheu der Japaner vor der Berührung mit toten Tieren, sie sind auch vom Buddhismus, der bekanntlich jeder Tötung außerordentlich abhold ist, kaum je berührt worden. Auch ein anderer Umstand spricht zugunsten der von Florenz aufgestellten Hypothese. Die unterworfenen Ainu wurden, wie schon erwähnt, in besonderen Eichen angegliedert. Auch die Eta finden wir von der umgebenden Gesellschaft räumlich abgegliedert. Sie wohnten entweder in besonderen Dörfern oder in abgegliederten Stadtteilen. Und noch ein drittes Moment — vielleicht das wichtigste — kommt hinzu: die Eta besaßen seit jeher dem Staat gegenüber ein großes Maß von Selbstverwaltung. Sie unterstanden den Behörden, die von den Gemeinden jedesmal auf 5 Jahre in gemeinsamer und schriftlicher Wahl gewählt wurden. Alle Erlasse der japanischen Regierung in bezug auf die Eta ergingen an deren Oberhaupt, dessen Amt im Laufe der Zeit erblich wurde. An die Eta wurden große Ansprüche — vornehmlich auf dem Steuergebiete — gestellt. Trotz alledem und trotz sozialer Misachtung brachten es die Eta — insbesondere ihre Oberhäupter — zur großen Wohlhabenheit. Und so kam es nicht selten vor, daß der eine oder andere verarmte oder verschuldete Samurai (Ritter) auf schau erforschenen Umwegen die Tochter eines reichen Eta mit seiner Hand beehrte.

Die bürgerliche Revolution von 1878 brachte den Eta formale Gleichberechtigung. Selbst ihr Name wurde abgeschafft. Aber noch heute hält sich das japanische Volk von den ehemaligen Eta fern; mit einem Eta in demselben Raume zu weilen oder gar mit ihm zu essen, würde noch heute den stärksten Abscheu erregen. Ebenso bestehen noch die Stabilität in den Städten und die Städtefer, vollends lebt auf dem Lande die Verachtung der Eta in unverminderter Stärke. Es werden noch manche Jahre vergehen, bis der unerbittliche Gang der modernen Entwicklung diese mittelalterlichen Ueberreste gänzlich vernichtet haben wird.

Ein Wandermuseum für Kunstgewerbe. Ein interessantes und verdienstvolles Unternehmen wird demnächst in der Schweiz seine Wirksamkeit beginnen: der Direktor der Züricher Gewerbeschule, Dr. de Bractere, organisiert gegenwärtig ein großes Wandermuseum für Kunstgewerbe, das bestimmt ist, den Wandwerkern der kleinen Provinzstädte anschaulich vor Augen zu führen, was das moderne Kunstgewerbe hervorbringt. Das Wandermuseum umfaßt eine

große, leicht auseinanderzunehmende Halle, die 45 Meter lang und 30 Meter breit ist. Das Gerüst besteht im wesentlichen aus Eisen, und die Wanddekorationen sind sehr einfach gehalten. An der Außenseite dieses Gebäudes können leicht Glasdränge aufgestellt werden, in denen Kunstgegenstände zur Ausstellung kommen. Das Innere der Halle gliedert sich in vier Abteilungen, die je eine besondere Ausstellung vor Augen führen werden. Eine Reihe von Automobilen wird bei den Gastspielfahrten des Museums die Ausstellungsgegenstände, in denen alle Zweige des Kunstgewerbes vertreten sind, von Ort zu Ort befördern.

Orchester. Es gibt zahlreiche Deutsche, die meinen, besonders gebildet zu erscheinen, wenn sie das Fremdwort Orchester Orchester aussprechen; sie glauben, damit zu zeigen, daß sie ihr Französisch verstehen. Aber o weh! Der Franzose spricht das Wort ja mit I, und nicht mit sch! Haben wir aber Anlaß, diese, die richtige französische — und auch italienische — Aussprache mit I bei diesem Worte anzunehmen, wie das fast die meisten Deutschen tun? Keineswegs, denn dann mühten wir auch Konarschie sprechen, weil der Franzose so spricht. Da wir das Wort aber wohl oder übel als ein unentbehrliches Fremdwort, ja als ein halbes Lehnwort betrachten müssen, so sollten wir es auch natürlich deutsch aussprechen, also Orchester, mit ch, genau wie es geschrieben wird. Diese Aussprache entspricht nicht allein den deutschen Sprachgesetzen, sondern auch dem griechischen Ursprung des Wortes. Ganz unfinnig ist es aber, den Orchesterraum Orchester zu nennen, denn diese ganz griechisch gebildene Form des Wortes darf selbstverständlich auch nur griechisch ausgesprochen werden, beileibe aber nicht französisch. Also nicht: Orchester, sondern: Orchestra, und weder Orchestra noch Orchester, sondern: Orchestra.

Notizen.

— Segantinis großes Triptichon „Leben, Natur und Tod“ wird nun, wie der „Cicerone“ berichtet, im Segantini-Museum zu St. Moritz als Eigentum der Schweizer Eidgenossenschaft verbleiben. Obwohl die notwendige Summe von fast einer halben Million Frank noch nicht ganz beisammen ist, wurde der Kauf doch abgeschlossen. (Der Sohn Segantinis mußte Bilder sälfchen, um existieren zu können. Die Kunsthändler saden für das Bild seines Vaters eine halbe Million ein!)

— Tierpark Hellbrunn. In München, wo es noch einem gut bayerischen Ausdruck so viele „Wieder“ gibt, schloß dort Bildung ein Zoologischer Garten. Seit Jahr und Tag wurde für dieses „Kulturbedürfnis“ von dem unvermeidlichen Verein geworden und gesammelt. Die Stadt hat ein schönes, abwechslungsreiches Terrain in den Frauen zur Verfügung gestellt, und Hogenbed hat dort noch Stellingier Wäster einen Tierpark inszeniert. Die Tiere sind möglichst im Freien untergebracht, ohne störende Einfriedigungen. Man kann sich, in ihrer unmittelbaren Nähe (durch tiefe Gräben und Wasserläden geschützt), als heroischer Mensch (mit einer danebenstehenden Maß) fühlen. Der Architekt Seidl hat einen prächtigen Landschaftsrahmen geschaffen; nur eins fehlt noch: die großen Wieder. Dazu langt vorläufig das Geld nicht.

Arbeiterin. Zunächst verrichte sie ja viel häufiger ungelernete, unqualifizierte Arbeit, wechselt den Beruf häufiger, teilt also hier die Schwierigkeiten, die die unqualifizierte Arbeit der Organisation überhaupt entgegensteht. Aber, so wird erwähnt, sie betrachtet auch die Periode ihrer Erwerbstätigkeit als Uebergangszeit, da sie glaubt, sobald sie einmal verheiratet ist, nicht mehr der gewerblichen Arbeit nachgehen zu müssen, und hat daher auch ein geringeres Interesse an einer erfolgreichen Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Daß aber auch die der Organisation angehörende Arbeiterin sich derselben nicht in dem Maße wie der Arbeiter widmen kann, dafür hören wir diese Argumentation: Das späte Nachhausekommen, der Weg von der Versammlung zur Wohnung in der Nacht auf weite Entfernung kommt hier hemmend zur Geltung. Ferner wirkt noch immer der durch eine jahrhundertlange Geschichte anerzogene Glaube nach, daß die Frau sich vom öffentlichen Leben fernhalten und hier alles dem Manne überlassen müsse.

Daß auch die doppelte Belastung der Arbeiterin als Hausfrau und Erwerbstätige für die Organisation ein schwerwiegendes Hemmnis ist, bleibt nicht unerwähnt. Neben der Erwerbsarbeit trägt ein großer Teil der Arbeiterinnen auch noch die Sorge um die häusliche Wirtschaft. Schon vor Beginn der Arbeit muß sie sich bemühen, irgendwelche notwendige Ordnung in den Haushalt zu bringen, für Mann und Kinder zu sorgen, oft die Kinder zu fremden Leuten in eine entfernte Straße bringen, die erste Mahlzeit, oft noch das Mittagessen herzurichten, an den Kleibern der Familie zu bessern, keine Einkäufe zu machen usw. Kommt sie dann nach einer Arbeit, die gewöhnlich länger dauert als die des Mannes, nach Hause, so muß sie sich wiederum um das Haus kümmern, hat vielleicht noch für Ältermütter, Schlafgänger zu sorgen und anderes mehr. So fehlt ihr nur allzu oft Zeit und Kraft, sich für die gewerkschaftliche Organisation so zu interessieren wie der Mann, der ihr alle häusliche Sorge und Arbeit überläßt.

Als weiteres hemmendes Argument gilt, daß die verheiratete, zum Erwerb gezwungene Arbeiterin sich zu entschlüssen sucht, indem sie Heimarbeit übernimmt. Dadurch wird sie aber von ihren Arbeits- und Schicksalsgenossinnen völlig isoliert und der Organisation noch unzugänglich. Als letztes wird noch in Betracht gezogen der überaus niedrige Lohn der gewerblichen Arbeiterinnen, der sie trotz der für sie eingeführten Staffelbeiträge die Leistungen für die Organisation viel schwerer empfinden läßt als die Männer.

Die vorhandenen Hemmnisse dürfen natürlich nicht von der Werbearbeit unter den Arbeiterinnen abhalten, im Gegenteil, sie sind ein Beweis für die Notwendigkeit intensiver Agitations- und Organisationsarbeit. Diese ist gerade auf die besonderen Verhältnisse einzustellen. Die Arbeiterin muß auf ihre in jeder Beziehung ungünstigere Position aufmerksam gemacht werden, um so die falschen Anschauungen, die sie von der Organisation so leicht fern halten, erfolgreich bekämpfen zu können. Mit dem riesenhaften Wachsen des Anteils der Frauen an der gewerblichen Erwerbsbevölkerung wächst auch die Wichtigkeit ihrer wirtschaftlichen Organisation.

#### Dienstboten während der Reisezeit.

Die Reisezeit ist besonders geeignet, Studien über die Spargelohnheiten vieler Herrschaften zu machen. Hat sich doch in den letzten Jahren der „patriarchalische“ Brauch, während der Reisezeit die Dienstboten zu entlassen, sehr stark eingebürgert. Schon die Tatsache, daß manche Herrschaften ihre Dienstboten nach dem Heimatsort zu veranlassen schiden, ohne Entgelt zu bieten, fordert die Kritik heraus. Aber es gibt noch Schlimmeres, die ihre unbedeutenden Opfer einfach vor die Türe legen. Täglich kann man von solchen Fällen hören. Ja, in der „Morgenpost“ verteidigte eine Frau Dr. L., geb. von R. (ihren Namen verschweigt sie schämig) diese Unsitte. Ihr Mann sei hoher Beamter und erhalte sechs Wochen Ferienurlaub. Da entlasse sie regelmäßig ihr Mädchen am 15. Juli und stelle dann am 15. September wieder ein neues ein. So erspare sie die Kosten für zwei Monate, das mache alles in allem 170 M., auf die wir nicht verzichten können!“ — wie die famose Frau Dr. L., geborene v. R., selbst gesteht. Mit Recht hat ihr eine Frau aus dem Volke geantwortet, ob es ihr vielleicht angenehmer wäre, wenn der Staat ihrem Manne für die Zeit, in der er nicht arbeitet, das Gehalt abziehen oder ihn entlassen würde. Aber daran denken solche Herrschaften nicht. Ja, es geht doch nichts über patriarchalische und christliche Sitten!

Der erste weibliche Fabrikarzt in Oesterreich. Die Organisation der österreichischen Tabakarbeiterinnen hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Endlich ist es gelungen, die Anstellung eines weiblichen Fabrikarztes für die Wiener Tabakfabriken in Wien und Oettingen durchzusetzen. Vor allem strebten sich die christlichsozialen Tabakarbeiterinnen gegen diese Anstellung. Im Jahre 1908, als sie die Majorität im Krankenlöhnausschuß hatten, lehnten sie die Forderung ab. Diesmal wagten sie es nicht mehr, dagegen zu stimmen. Auch der Chezarzt Dr. Karl Schmiedel hat sich jahrelang gegen die Anstellung einer Ärztin gewehrt, vielleicht weil er im Interesse seiner männlichen Kollegen dem weiblichen Element nicht Eingang in die Stellung eines Fabrikarztes verschaffen wollte. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß nun Wreche gelegt wurde. Hoffentlich findet das Beispiel bald überall Nachahmung.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

Besitz Vorhauwalds. Montag, den 7. August: Dampferpartie nach Heiligensee-Sandhausen, Restaurant Waldschloß. Die Genossinnen und Gäste treffen sich morgens 8 1/2 Uhr im Café Zährle.

#### Gerichts-Zeitung.

##### Eine Bande von Kollidieben.

Die längere Zeit Berlin und die Vororte unsicher gemacht hatte, wurde von der 11. Ferienstrafkammer des Landgerichts I auf gemeinsame Zeit unschuldig gemacht. Wegen wiederholten Diebstahls im straffähigen Rückfalle waren angeklagt: der Kutscher Otto Bernst, der Kutscher Richard Meier, der Arbeiter Albert Meier, der Arbeiter Fritz Ristenmacher und der Restaurateur Martin Kurzmann.

In den Monaten März bis Mai d. J. wurden in Berlin und den näheren Vororten eine große Anzahl von Kollidiebstählen verübt, bei denen es sich zum Teil um recht wertvolle Waren handelte. Die Diebe, die anscheinend mit der Art der Verpackung der verschiedenen Waren genau vertraut waren, stahlen hauptsächlich Tische und Seidenballen sowie Jagaren. Die Beamten der Kollidiebstahlpatrouille ermittelten schließlich eine Spur, die nach der Schanzwirtschaft des Angeklagten Kurzmann in der Fährtenberger Straße führte, welche den Namen „Abletzentrale“ trägt. Die Kriminalbeamten beobachteten dieses Lokal längere Zeit und stellten dabei fest, daß Kurzmann die Rolle des „Schäfers“ (Dehlers) spielte.

Als eines schönen Tages die ganze Gesellschaft beisammensaß, griffen die Beamten zu. Der Angeklagte Albert Meier spielte den „wilden Mann“ in der Hoffnung, sich hierdurch der Verurteilung zu entziehen. Vor Gericht setzte er dieses Treiben fort. Auf eine Frage, was er mit den Stoffen gemacht habe, erwiderte er, er habe sie zu dem Kapit Hius gestohlen, der gerade Hochzeit machte. Das Gericht mußte schließlich die Sache gegen ihn abtrennen, um ihn erst noch auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Gegen die übrigen Angeklagten lautete das Urteil gegen Bernst auf 4 Jahre, gegen Rich. Meier auf 3 1/2 Jahre und gegen Kurzmann auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Gegen den nicht erschienenen Angeklagten Ristenmacher wurde Haftbefehl erlassen.

#### Das Plakatgesetz und der Jar.

Ein Plakatanhänger hatte gegen das Verprechen der Verurteilung für seine Tätigkeit von dem Zigarrenhändler Staab den Auftrag übernommen, am 3. November 1910 an die Anschlagtafeln in Potsdam ein Plakat folgenden Inhalts anzuhängen: „Große Protest-Vollversammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Warum protestieren wir gegen den Jarrenbesuch? Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann. Bürger Potsdams, bekundet euren Abscheu gegen alle Gewalttätigkeit und Grauel des ruffischen Despotismus! Zum zahlreichen Besuch der Versammlung ladet ein der Einberuher.“ Als an einzelnen Säulen das Plakat angeheftet worden war, wurde die Polizei darauf aufmerksam. Sie verlangte die Ueberklebung der bereits angehefteten Plakate und verbot das weitere Anheften von ihnen. Demnach wurde, soweit Staab in Frage kommt, gegen ihn aus den §§ 9 und 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 in Verbindung mit dem die Anfertigung betreffenden § 48 des Strafgesetzbuchs die Anklage erhoben. Der § 9 verbietet das Anheften oder sonstige öffentliche Ausstellen von Plakaten, die einen anderen Inhalt haben als die Anfertigung von gesetzlich nicht verbotenen Versammlungen. Nach Eröffnung des Hauptverfahrens verurteilte das Schöffengericht und die Strafkammer den Angeklagten. Seine Revision hat der Ferien-Strafkammer des Kammergerichts sehr zurückgewiesen. Der Senat nahm an, daß zum Begriffe der Anfertigung einer Versammlung die Mitteilung des Gegenstandes, der Versammlung, der Tagesordnung, der Redner zu rechnen sei. Es möge auch erlaubt sein, zum zahlreichen Besuch der Versammlung einzuladen. Das sei aber alles, was zur Anfertigung einer Versammlung gehöre. Ueber ihren Rahmen gehe hinaus die Aufforderung an das Publikum, eine bestimmte Anschauung über die politischen Verhältnisse eines fremden Staates zu bekommen, gleichviel von welcher politischen Richtung aus diese Befundung erfolgen solle.

#### Vereinsgesetz und Polizeistunde.

Bekanntlich hat das Reichsgericht vor einiger Zeit entgegen dem Vereinsgesetz entschieden, daß die Polizeistunde dem Versammlungsrecht vorgehe. Diese irrige Entscheidung ist uns bislang im Wortlaut noch nicht zugänglich gewesen. Hingegen wird uns ein Erkenntnis des Oberlandesgerichts Hamm vom 10. August 1910 mitgeteilt, das mit Recht den entgegengesetzten Standpunkt wie das Reichsgericht vertritt.

Der Miet Diemeier zu Süßlengern war wegen Uebertretung der Polizeistundenvorschrift angeklagt. Das Schöffengericht verurteilte ihn, das Landgericht Bielefeld sprach ihn frei und das Oberlandesgericht Hamm schloß sich den Ausführungen des Landgerichts vollständig an, bestätigte die Freisprechung und legte auch die notwendigen Auslagen des Angeklagten, weil seine Unschuld klar aus dem Geseh sich ergibt, der Staatskasse auf.

#### Die Urteilsgründe des Landgerichts gehen dahin:

„In der Wirtschaft des Angeklagten tagte am 31. Januar 1910 eine öffentliche Versammlung, in welcher über die Errichtung eines Gewerbegerichts in Herford verhandelt wurde. Um 10 Uhr abends machte der Polizeifergeant Grotterviel, welcher mit der Ueberwachung der Versammlung beauftragt war, den Angeklagten darauf aufmerksam, daß die Polizeistunde auf 10 Uhr abends für sein Lokal festgesetzt sei, wie dies tatsächlich der Fall ist. Der Angeklagte stellte hierauf den Schankbetrieb ein und machte durch einen Kellner den Redner, Gauleiter Schläter aus Bielefeld, auf die Polizeistunde aufmerksam. Schläter erwiderte, eine öffentliche Versammlung sei nach dem Vereinsgesetz nicht an die Polizeistunde gebunden; es blieben daher die Gäste noch bis kurz vor 11 Uhr im Gastraum.“

Auf Grund dieses Sachverhalts hat das Schöffengericht tatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte zu Süßlengern am 31. Januar 1910 bis nach 10 Uhr abends, also über die festgesetzte Polizeistunde hinaus, Gäste in seinem Lokal gebudet hat, und hat den Angeklagten aus § 365 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe von drei Mark, im Rückfalle zu einer Haftstrafe von einem Tage verurteilt.

Die gegen dieses Urteil vom Angeklagten rechtzeitig eingelegte Berufung erscheint begründet; denn nach § 1 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 unterliegt das Recht der Vereinsangehörigen, sich zu versammeln, polizeilich nur den im Reichsvereinsgesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen; nun treffen die im Reichsvereinsgesetz gegebenen Beschränkungen auf den vorliegenden Fall, in dem es sich um die Besprechung der Errichtung eines Gewerbegerichts handelte, offenbar nicht zu, und namentlich würde der vorliegende Fall nicht unter diejenigen eingereiht werden können, welche im § 14 a. a. O. den Vorschriften der Polizeibehörde die Befugnis zur Auflösung der Versammlung gewähren.

Es kann sich deshalb nur fragen, ob in dem § 365 des Reichsstrafgesetzbuchs eine Beschränkung des Versammlungsrechtes enthalten ist. Dies ist zu verneinen; denn die angezogene Gesetzesstelle bedroht zwar die Verletzung der gebotenen Polizeistunde mit Strafe, setzt aber selbst die Polizeistunde nicht fest, sondern räumt nur der zuständigen Polizeibehörde die Festsetzung einer solchen ein; somit ist die Anordnung einer Polizeistunde lediglich eine polizeiliche Maßregel, und die Ueberschreitung der Polizeistunde die Verletzung einer polizeilichen Anordnung. (Vergleiche Anmerkung 7 zu § 365 des Reichsstrafgesetzbuchs.) Auch Friedensthal erklärt in Anmerkung 11a des Kommentars zum Reichsvereinsgesetz die Ueberwachung der Versammlungen des § 1 unter die für öffentliche Lokale eingeführte Polizeistunde für unzulässig.

Der Angeklagte hat sich sonach durch Fuldung der bei ihm versammelten Gäste über die gebotene Polizeistunde hinaus der Uebertretung einer durch ein Reichsgesetz angeordneten Beschränkung des Versammlungsrechtes nicht schuldig gemacht, weshalb das erstinstanzliche Urteil aufzuheben und der Angeklagte freizusprechen war.“

Erwähnt sei, daß denselben Standpunkt wie dies Gericht u. a. auch die Professoren Anshüh und Stier-Somlo vertreten. Es dürfte auch allein dem Wortlaut und Zweck des Reichsvereinsgesetzes entsprechen. Wir behalten uns vor, sobald das Reichsgerichtsekenntnis und im Wortlaut vorliegt, nochmal auf diese wichtige Frage einzugehen.

#### Ein netter „Arbeiterführer“

wurde in Gotha in der Person des Wädergesellen Bartel entdeckt. Bartel kam vor 1/2 Jahren von Danzig nach Gotha und betätigte sich eifrig im Interesse der Wäderrmeister, hegte und verleumdete gegen die gewerkschaftlich organisierten Wäder und tat sich mit seinen angeblichen Erfolgen für den gelben Bund groß. Dieser Bartel wurde nun am Dienstag von der Gothaer Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Der Staatsanwalt hatte zehn Monate beantragt.) Die Verurteilung geschah wegen grober Sittlichkeitsvergehen gegenüber den im gleichen Geschäft angestellten Lehrling, der von Bartel in der Dachkammer und Backstube in der gemeinlichen Weise verfolgt und verschandelt worden war. Vor einigen Wochen noch ließ dieser Bartel eine Betteliste zirkulieren, um ein solennes Wäderrmeisterfest zu inszenieren.

Das schlechte Sittenbeispiel des Professors. Die Strafkammer zu Heidelberg verurteilte den Professor Dr. A. Treiber zu vier Tagen Festungshaft, weil er in einer Duellaffäre den sogenannten Kartellträger, d. h. den Uebermittler der Forderung zum Duell, spielte. Unter Anerkennung des Bestehens des Angeklagten, die Streitigkeiten friedlich beizulegen, kam das Gericht, wie bürgerliche Mütter mitteilen, zu einer höheren Strafe, als sie den Duellanten zuteil geworden, weil man das schlechte Beispiel erschwerend anrechnete, welches der Professor durch sein geschwichtiges Verhalten der Jugend gab. Vier Tage seines Lebens im alten Schloß zu Passau! Man vergleiche damit die Strafen, welche über Arbeiter verhängt werden, die im Kampfe um besseres Brot für ihre Familien einem offenen Streikbrecher die Wahrheit begründlich machen!

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Straße 63, vom vier Treppen — Sprechstunde —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachverhalt und eine falls als Richteramt beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Sch. 111. Ein Herr Ingenieur Grabowitz, Großherren-Str. 26. Direktor der hiesigen Hochschule für Maschinenbau usw. — W. 2. 3. 1. — W. 2. 75. Uns nicht bekannt. Bittet durch den Kreisarbeiter-Verband, Andreasstr. 17. — Zanderstraße 9. Arbeiterbildungsschule Gensdorferstr. 37. — G. 5. Das ist wohl ein bißchen zu viel verlangt. Wo ist übrigens Ihre Ausbildung. — W. 3. 17. Friedrich-Wilhelm-Virtual für Arbeiterkassen, Kaisers Zimmer 90 III. — S. 2. 100. 40 Jahre. — W. 3. 23. Von den Beschränkungsanträgen wurden einige durchgeführt. — G. 1810. 1. und 2. Rein. 2. und 4. Ja. — W. 3. 2. Die Söhne sind zahlungspflichtig, falls ihnen nicht auch das Armenrecht bewilligt ist. — M. 11. 1. Bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. 2. Ja. Sie können aber für die Zeit, die länger als 4 Jahre zurückliegt, den Beschränkungsanspruch erheben. 3. bis 6. Ja. 7. Die Erben haften. 8. Rein. 9. Möglicherweise auf Veranlassung des Vormundschaftsgerichts. 10. Etwa 400 bis 500 Mark. 11. Erscheint nicht notwendig. Die Rollen sind erledigt. — W. 2. 32a. Rein. — W. 3. 7. Soweit ersichtlich, wirken die Bestimmungen des alten Vertrages weiter. — F. 2. Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 20. 1. Ja, sofern er älter als 14 Jahre ist. 2. Bei dem Amtsgericht anmelden. — G. 1. Nur im Wege der Klage. Sie können im Termin eine Räumungsbitt beantragen. Es dürften etwa 14 Tage verstreichen. — W. 2. 18. Machen Sie nochmals eine Eingabe an die Steuerdeputation des Magistrats. Die Zahlungspflicht wird dadurch nicht aufgehoben. Das Geld ist Ihnen zurückzuführen. — W. 3. 777. Es empfiehlt sich, die Klage des Gerichts zu bejahen. — W. 3. 87. Dene Einkuh, falls der Gerichtsvollzieher, wie angenommen ist, zugewillt hat. — W. 3. 82. Wiederholen Sie Ihre Anfragen. — Reinholz, Schlemmerstraße. Rein.

#### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist toeben das 44. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die neue Seite. — Aus der Vorgeschichte der Marzischen Delegation. Von Rudolf Osterling. (Schluß). — Der soziale Arbeiterversicherungsentwurf. Von A. Söfel. — Ein Beitrag zur Diskussion über den Tarifvertrag. Von August Binnig. — Literarische Rundschau: Carl, Barum hat England zu wanken begonnen? Von A. Die Zustände im deutschen Fabrikwesen. Von A. Woldt. — Zeitschriftenchau.

Wahlkampf! Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Von Dr. Georg Bradauer. Kaden u. Co., Dresden. 174 Seiten 8°. Preis 2 M. — Die Schrift umfaßt folgende Hauptabschnitte: 1. Die nationale Umwälzung und das Wahlwesen. 2. Schutzloß und Freihandel. 3. Reichsfinanz und Steuerpolitik. 4. Der Kampf um die Verfassung. 5. Die Lage der Arbeiterklasse und die Sozialreform. 6. Die wirtschaftliche Umwälzung und der Sozialismus.

Besonders ist darauf zu verweisen, daß in dieser Schrift die Einmüde und Verleumdungen unserer Gegner (Reichsverband sowie Parteien) würdlich zitiert werden und eine gründliche Widerlegung erfahren.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift (Wien). Heft 11 (4. Jahrg.). Karl Kautsky: Eine Frage. — G. Durian-Brann: Die gewerkschaftlichen Einheitsbestrebungen nach den Wahlen. — Julius Deutsch: Nationale oder internationale Gewerkschaften? — Friedrich Adler: Wunderrichtig im Internationalismus. — Emma Freundlich: Wälder, Schönborg: Wahlkampf und Klassenkampf. — S. Semlowitz: Rußland in der Revolution. — Adolf Braun: Finanzfragen der Gewerkschaften. — Franz Dieberich-Dresden: Emilie Verheeren.

#### Witterungsübersicht vom 3. August 1911.

Station	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Station	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Zwettende	766 mm	SW	2 mäßig	20	Darmstadt	764 mm	SW	2 mäßig	20		
Darmstadt	765 mm	DR	2 mäßig	23	Dessau	760 mm	SW	1 mäßig	19		
Berlin	765 mm	SW	1 mäßig	24	Seitz	768 mm	SW	3 heftig	18		
Kranz a. R.	766 mm	SW	1 mäßig	20	Herborn	760 mm	SW	3 mäßig	17		
München	768 mm	SW	4 mäßig	19	Carls	767 mm	SW	1 mäßig	20		
Wien	762 mm	SW	3 heftig	22							

Wetterprognose für Freitag, den 4. August 1911. Einmal fahler, vielfach wolkig mit Gewitterneigung und mäßigen westlichen Winden.

#### Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 8.	am 3. 8.	Wasserstand	am 2. 8.	am 3. 8.
Remel, Mühl	64	-3	Saale, Brachly	40	-6
Gregel, Ankersburg	51	-5	Saale, Emdan	7	0
Beißel, Dorn	18	-5	Saale, Radenow	10	-12
Oder, Rastow	85	-1	Spree, Spremberg	55	0
„ Profien	21	-2	„ Freeston	84	+2
„ Frankfurt	83	-1	„ Ränden	130	0
„ Garthe, Schrum	40	-2	„ Ränden	60	0
„ Randsberg	60	0	„ Rhein, Rüggenhau	—	—
„ Nehe, Nordham	46	-4	„ Raud	168	-4
„ Eibe, Zeitmeh	100	-3	„ Rbin	132	-6
„ Dredben	223	-2	„ Redar, Quibrom	26	-6
„ Barch	12	-3	„ Rain, Berthum	—	—
„ Rüdchburg	10	-3	„ Rotei, Trier	—	—

+) + bedeutet Sturm, — NoZ. — \*) Unterpost.

Wer einmal Haloppi probiert, raucht keine andere Cigarette mehr! Man verlange deshalb überall die Marke „Haloppi“



### Theater.

Freitag, den 4. August.  
Anfang 8 Uhr.

**Königsstädtisches Opernhaus.**  
Der Musikant.  
Komische Oper. Der verdorbene König.  
Berliner. Hummelstudenten.  
Hofoper. Die Dame von Maxim.  
Hofoper. Die lustigen Nibelungen.  
Königsstädtisches Opernhaus. Die feinsche Schöne.  
Königsstädtisches Opernhaus.  
Thalia. Polnische Witzhaft.  
Schiller. Charlottenburg. Der dunkle Punkt.  
Leffing. Glaube und Heimat.  
Lustspielhaus. Die dritte Eskadron.  
(Anfang 8,20 Uhr.)  
Kleines. Komische (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Trianon. Das Fräulein. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Königsstädtisches Opernhaus. Eine Million.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Der Siebente. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Hofoper. Kassenluft (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Metropol. Doppel amüsiert sich!  
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.  
Es ist eine Ausnahme. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Königsstädtisches Opernhaus.  
Roads. Der tolle Leinwand.  
Herrnfeld. Das Kind der Firma.  
Berliner. Die 3 Grazien.  
(Anfang 7 1/2 Uhr.)  
Königsstädtisches Opernhaus. Spezialitäten.  
Wagner. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Spezialitäten.  
Wagner. Spezialitäten.  
Kaiser-Panorama. Neu! Besuch von Konstantinopel. Wanderung in den Dolomiten.  
Urania. Laubentruhe 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.  
Sternwarte, Invalidenstr. 67-68.

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Der dunkle Punkt.  
Lustspiel in 3 Akten v. G. Kadelburg und Rudolf Preßler.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Vorher und folgende Tage:  
**Der dunkle Punkt.**

**Königsstädt-Kasino.**  
Hofmarschallstr. 72, Ecke K. Alexanderstr.  
Anf.: Max Schindelhauer.  
1.-16. August: Riesen-Weltstadt-Programm. II. a.: Kurt Armandi, Humorist.  
Cilli Schwarzenberg, Langsoubé, Harry Bienensteins mod. Sellsch., Charles Saller, Delphischer Palast Laro Reals, Musik-Excentriques, Fleuriss. Torzett, Gef. u. Lang, Kulisches Vademecum.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Gr. Doppel-Konzert  
Gastspiel d. Philharmon-Bias-Orchesters.  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab  
50 Gg., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**PASSAGE :: :: ANOPTIKUM**  
Das größte Schauetablisement des Kontinents.  
Lebendiger Mann mit der eisernen Zunge.  
Ein Fakir ohne Nerven.  
AGA die schwebende Jungfrau.  
Alles ohne Extra-Entree.

**Metropol-Theater.**  
Hohheit amüsiert sich!  
Operette in 3 Akten von F. Freund. Musik von Rudolf Nelson.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**  
8 Uhr:  
Das neue August-Programm.  
6 1/2 Uhr:  
Ensemble-Gastspiel  
**Harry Walden**  
in  
**Sein Herzensjunge.**  
Vaudeville mit Gef. u. Lang in 2 Akten von H. Reichardt und R. Schönger.  
Musik von E. Kollo.

### TYPOGRAPHIA.

Sonntag, den 6. August, in Habels Brauerei, Bergmannstraße:  
**Sommerfest.**  
Konzert, Kinderspiele, Fackelzug d. Kinder, Feuerwerk, Tanz, Anfang 4 Uhr. Eintritt für Gäste 25 Pf., für Kinder 10 Pf., letztere erhalten dafür Müttel u. Stockklotz gratis.  
Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet.  
Zahlreicher Beteiligung der Mitglieder und Gäste sieht entgegen  
61/9  
Der Vorstand.

**Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)**  
Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr:  
Zum dritten Male:  
**Der Musikant.**  
Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, zweites Gastsp. Emmy Destinn; Tannhäuser.  
Sonntag, 5. August, abends 7 1/2 Uhr, Gastspiel Marga Junker-Burchardt: Die Meistersinger von Nürnberg.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Rudolf Mälzer**  
Der erste Komiker d. Jetztzeit.  
Sisters Solweig.  
The Whilby Comp.  
und das große  
**Eröffnungsprogramm**  
14 Varieté-Sensationen 14  
Rauchen gestattet.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Freitag, 4. August, abends 8 Uhr:  
Neu einstudiert:  
**Die Dame von Maxim.**  
Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. Deutsch v. Benno Jacobsohn.

**Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnstraße 16.  
Zum letzten Male:  
**Der kalte Leidnam.**  
Das war ich. Am Hochzeitstage.  
Dazu die neuen Spezialitäten.  
Anfang 6 Uhr.  
Kaffeeküche von 3 Uhr ab.

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr:  
**Bummelstudenten.**  
Täglich: Bummelstudenten.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lustigen Nibelungen.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Kasernenluft.**  
Auf der Gartenbühne:  
Es gibt nur ein Berlin.  
Große Revue.

**Herrnfeld Theater**  
Jubiläums-Saison 20 jährig. Direktion Anton und Donat Herrnfelds.  
Heute und folgende Tage  
Die Revitäten  
**Das Kind der Firma**  
Romd. in 2 Akten v. H. u. D. Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.  
**Schmerzlose Behandlung**  
Schwank in 1 Akt von Robert Vohl.  
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
Anfang  
wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Parisiana-Ensemble.**  
3 Frauenhüte.  
Es ist eine Ausnahme.  
Das Strumpfband.  
Confin Pomponette.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena.**  
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.  
In der heißen Jahreszeit  
angenehm kühler Aufenthalt.  
Allabendlich:  
D. prunkvolle Eisballett  
**Montreal**  
Die Stadt auf Schlittschuhen.  
Neu: Push-Ball-Spiel  
Zahlreiche  
Kunstlaufproduktionen.  
Exquisite Restauration  
bis 1 Uhr nachts.  
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr  
abds.: halbe Kassenpreise.

**Puhlmanns Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Täglich  
Im herrlichen Naturgarten:  
**Konzert - Theater**  
Spezialitäten.

**Moabiter Wintergarten**  
**Artus-Hof**  
Parlberger Str. 26, Stendaler Str. 18  
Direktion: Karl Pirnau.  
**Elitetag.**  
Mit dem Strom  
oder: Wogen des Glücks.  
Schauspiel in 4 Akten.  
Vorher: Das Riesen-August-Programm.  
Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.

**Voigt-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute sowie täglich:  
**Der Aktienbudiker.**  
Bollestück mit Gef. u. Lang in 3 Akten.  
Ganz neu erstklass. Spezialitäten.  
Donnerstag, 10. August: Benefiz für Heinrich Bach: Preziosa.

**Schweizer-Garten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
**Wie man Weiber fesselt.**  
Tolle mit Gefang in 2 Akten.  
Spezialitäten. Kinematograph.  
Jeden  
Mittwoch: **Kindersfest.**  
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

**Volksgarten-Theater**  
Freitag, den 4. August:  
Konzert, Theater u. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Heute neues Programm.  
Margot Jackson x Willi Schönberg  
Tim und Tom x Charles Clark  
Hugos elektrisches Marionettentheater.  
Balltrottelgesellschaft Melanio.  
Dianas Tausend und eine Nacht.

**Café Bellevue.**  
Kummelsburg am See.  
Inh.: G. Tempel.  
Jeden Sonntag:  
Spezialitäten-Vorstellung.  
u. Garten-Konzert.  
Jeden Sonnabend und  
Donnerstag:  
**Soireen der Hoffmanns Sänger**

**Max Kliems**  
Sommer-Theater  
Rudolf Krüger, Salzenbeide 13-15.  
Täglich: Größtartige Theater-  
u. Spezialitäten-Vorstellungen.  
Reizvoller Theatergarten, bei un-  
günstiger Witterung Schutz bietend.  
Jed. Mittwoch: Gr. Kindersfest.  
Donnerstag: Elitetag.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

### Verkäufe.

**Lebende! (Lebende!) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes**  
Lebendige Brillen, Goldene Markt 4, Badnied. Biele. (Preis des "Vormwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

**Radfahrerkarten.** Wir empfehlen den Freunden des Radports: Mittelbader Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,80 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,00 M. Expedition des "Vormwärts", Lindenstraße 69, Baden.

**Damenhemden mit gestickter Spitze 1,15, Herrenhemden 1,15, Kor-malmöde, Arbeitshemden sowie elegante Reifemulter bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonstr., Dürrenstraße 21, Alexanderplatz.**

**Wäschehandel!** Bettwäsche, Leib-möde, Hauswäsche, Wochenzahlung. Wäschefabrik Lewin, Dürrenstraße 12, Postartenort. 106/16\*

**Geschäftsverkäufe.**  
Verkauf Blüthenstr. gutgehend, frankfurterweg sofort oder später. Vorderstraße 8. 29006

**Grüntraumgeschäft** (Vorort), erzieherisch, konfurrenzlos, Tages-einnahme 50, andauernder Franchisewegen verlässlich. Preis 700. Rig-dorf, Hermannstraße 110 II, Walter.

**Schauführerschaft, 1150,00 Weite, bis 1915, 23 Daise hell, 4 halbe Weibler, erforderlich 2000,00. Schiller, Friedrichshagen, Lindenallee 19. 731**

**Möbel.**  
Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).  
Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).  
Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).

**Möbel ohne Geld!** Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Kopen-strasse 4 (Schlesischer Bahnhof).

**Möbel-Fabrik.** Fabrik von Volkswaren, Brunnstraße 7, am Rosenholzer Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stühle und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Mäßen. Boden-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Vereinbarung. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto bezahlen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

**Reisepinns.** Vertigo, Sofa, Bett-stellen, Stühle, Tisch, Broda, Weihen-burgerstraße 68. 108/17

**Wäschehandlung** vormwärts, Linden-strasse 69 (Baden).

**Grundbesitzer der Politik,** von Friedrich Stampfer. Gebunden 8 M. Buchhandlung vormwärts, Linden-strasse 69 (Baden).

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vormwärts

**Möbel-Räumungsverkauf.** Möbel-fabrik Wesselsaustraße 15, nahe dem Galeschen Tor, seit 1890 bestehend, verkauft nur kurze Zeit wegen Ueber-sättigung der Lageräume zurückgesetzte und verziehen gemessene Möbel be-deutend unterm Preis. Spezialität feine, neue Einrichtungen von 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Einzelne Möbel, Kleiderpins 20,-, Vertigo 16,-, Bettstellen mit Matrassen 12,-, Schreibtische mit Aufsatz 38,-, Bücherschränke 65,-, Ausziehtische 18,-, Speisestühle 6,-, Büfette 100,-, moderne Umbauten 50,-. Komplette farbige Küchen von 45,- an. Kellert-möbel aus eigener Fabrik (spottbillig). Schlafsofa 35,-, Kuchentisch und Dede 23,-, Samituren 60,- ufw. Große Posten Teppiche, Vorhänge, Uhren besonders billig. Aufbewahrung frei. Lieferung durch eigene Kasse. Sonntags geöffnet. Bitte auf Haus-nummer 15 achten. 2851A\*

**Arbeiter-Wohnungen.** Für jedermann leicht erreichbar, sehr billig, auch gebraucht, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kleinstpreis, Hundsgäßchen, keine Anzahlungen, bequeme Abzahlungen nach Wunsch der Käufer. Koberne bunte Küchen von 60,- Mark an. Stube und Küche von 200,- Mark an, kein Anzahlungsgeld. Auf-Gabbert, Lühlmerstraße, Rade-strasse 54.

**Tätiger Teilhaber,** mit 6000 Mark für Fabrikation, Verkauf, und Ver-kandigung elektrischer, physikalischer Artikel, Ausnutzung guter Erfindungen gesucht. Sofortige sichere Systeme, große Zukunft. Postlagerkarte 248\*, Volant 7. 107/15

**Antiquariererei von Frau Kolodsz.** Schloßstr. 8 III.

**Patentanwalt Müller,** Wilschiner-strasse 81. 24399\*

**Patentanwalt Bessel,** Wilschiner-strasse 94.

**Schnelle, billige Erwirkung, Ver-wertung von Patenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen in allen Lan-dern. Prospekt kostenlos. Patent-bureau Thome u. Co., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 249. 29216\***

**Lewandowski - Sänger,** älteste Gesellsch. Bielefeldstr. 31. 140\*

**Zum Pantrassen!** Den werten Gästen zur Kenntnis, daß ich mein Lokal von Pantrasse 90 nach Pantrasse 8 verlegt habe. Ich heiße alle im neuen Lokal herzlich willkommen. Josef Tomilkowski, Galtwitz. 28956\*

**Kupfer, Messing, Metallarbeiten** Silberarbeiten. Goldschmelze Nieper Rönneckerstraße 20a (gegenüber An-nenstraße). 2058\*

**Vermietungen.**  
**Barbierraden, Verkehrsstelle, Kauf-leite, sofort präsent zu vermieten** Hildbrandstraße 2, Bahnhof Rummels-burg-Of. 7125\*

**Restauration, Geschäftshaus,** Stube und Küche Lachenerstraße 13.

**Schlafstellen.**  
**Schlafstelle, Herr, 6,00, Koch,** Weihenburgerstraße 59. 742

**Möblierte Schlafstelle** sofort bei Frau Krätzle, Cranenstraße 201 II. 108/19\*

**Kaufgesuche.**  
**Zahngebisse,** Zahn bis 80 Uhrmig, Bruchgold, Plandhaine, Stanniol, Goldschmelze. Kohn, Neue König-strasse 76. 2193\*

**Diarmabfälle,** Gramm 5,20, Gold, Silber, Zahngebisse, Feilungen, Stanniol kauft Blümel, August-strasse 19 III. 759\*

**Zahngebisse, Goldschmelze, Silber,** Stanniol, höchstzahlend Eduard Kretschmann, Schmelzerstr. Friedrichstraße 139 (Weidenbamm). 108/10\*

**Verschiedenes.**  
Besseres Quartett sucht Tendev. Wohnungsleute Sonnabends 9-11, Rauscherstr., Ecke Zeughausstraße bei Friedrich. 29606\*

**Mehrere Kolonnenfahrer,** Kon-tenze und Helfer bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung werden sofort eingestellt. Gebrüder Koller, Kunstschmiede, Tempelhofer Ringbahn-strasse 21. 29878

**Kücher verlangt Kohlengefäß,** Bilmersdorf, Bernhardtstraße 8.

**Steinmetz, tüchtigen für Hand- und Maljinararbeit** sucht Leber, Sudowerstraße 5. 29855

**Formverleiher verlangt Mödel,** Bringenstraße 96. 106/15

**Frau oder Mann,** durchaus zu-verlässig, zum Ausstragen einer Flech in Berlin W. (Postdamer Platz) bis Gleditschstraße für circa 32 Mon-ten) vom 1. bis 31. August, 11 Uhr ab und nachmittags von 3 Uhr ab für möglichst sofort verlangt. Näheres Rohrstrasse 20, Hof links. 29896

**Arbeiterinnen bei hohem Lohn** sofort gesucht. Chemische Werke Florian u. Co., Orly-Berlin, Chaussee-strasse 68. 2961A\*

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

**Geübte Einschlägerinnen** mit wirklich großer Arbeitsleistung gegen hohen Lohn sofort gesucht. Chemische Werke Florian & Co., Orly-Berlin, Chaussee-strasse 68. 51262

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Achtung! Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen!  
Die Firma „Stella Verlag“, Alte Jakobstraße 11/12 ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt. 24/20\* Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Sekretär gesucht.**  
Für das Arbeiter-Sekretariat Essen-Ruhr wird möglichst zum 1. Oktober er. für einen ausstehenden Arbeiter-Sekretär Ersatz gesucht. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Bevorzugt werden solche, welche in Knappschaftsangelegenheiten Erfahrung haben. Bedene-rliche Begabung erwünscht. Die Einstellung erfolgt auf Grund der Be-stimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Selbstgeschriebene Bewerbungen, welche Ansuchen über die hiesige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten müssen, sind bis spätestens den 21. August zu richten an Wilhelm Wohlsein, Essen-West, Oberdorfstr. 155, einzureichen. 293/13\*

**Volkshaus Leipzig**  
G. u. d. D.  
Zum baldigen Antritt suchen wir für unseren Betrieb einen  
**zweiten Geschäftsführer.**  
Die Bewerber, welche sich über längere Zugehörigkeit zur poli-tischen und gewerkschaftlichen Organisation ausweisen können, sollen die doppelte Buchführung beherrschen und müssen be-fähigt sein, einen größeren Restaurationsbetrieb verbunden mit Einzelhandel vorzuführen. Anfangsgehalt ca. 2300 Mark nebst teilweiser Befähigung. Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche und der vorherigen Tätigkeit mit der Auf-schrift „Geschäftsführer“ sind bis 10. August zu richten an  
**Die Verwaltung des Volkshauses in Leipzig,**  
Reiter Straße 32. 106/16

**Für Worms**  
wird ein  
**Arbeiter-Sekretär gesucht,**  
ber die Geschäfte eines Parteisekretärs mit zu erledigen hat.  
Antritt sofort! Bedene-rliche Befähigung erforderlich.  
Bewerbungen sind bis 10. August d. J. an die Adresse:  
**Josef Gertner, Worms, Goethestr. 29,** einzusenden.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Weihnachten. Am Sonntag, den 6. d. Mts., findet in Malchow bei Wangerow...

Wahlkampf. Die Parteigenossen, die gewillt sind, an der am Sonntag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, in Klosterfelde stattfindenden Versammlung...

Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Zeitungsträger.

Es ist drei Uhr morgens. — Raum ist die vieltausend-lautige, die Weltstadt bis in die kleinsten Winkel erfüllende Brandung...

Der eiserne Holladen einer Bäckerei schiebt sich kreischend in die Höhe und aus einem Milchladen tönt das Klappern der blechernen Milchkannen.

„Na — man los, Trude! Du schleiffst woll noch?“ — „Ja weer dia fleisch wach machen!“

Mit schriller Stimme werden diese Worte von einer dahinstehenden, hageren Frau einem kleinen Mädchen von etwa acht Jahren zugerufen.

Vor einer Zeitungsausgabestelle machen sie Halt. Eine Anzahl Frauen — mit dem typischen hageren, abgehefteten Gesichtszügen...

„Morjen, Frau Müller! Na, heute alleene? — Wo ham se denn ihren Jungen?“

„Den ham se doch nach ne Heilstätte jebracht; er soll lungenkrank sinn. Die Leute sage, det hätte er von bet Treppen renn'n. Det jlobe id nich, det hat er von sein'n Vatern. Der is och an Schwindsucht jestorben.“

„Na se könn'n doch noch nich so alt sinn, Müllern — se ham doch noch alleene Kinder. Wie alt is'n det Jüngste?“

„Meine jingste, die Marie, die is jekt drei Jahre jewesen. Und wat denken Se denn? — id wer im Herbst schon vierzig; na un in dem Alter is unjer eener fertig mit'n Leben.“

Neuend kommt eine jüngere Frau angestürzt. „Weinah' hätt' id doch heute die Zeit verschlafen. Det war ne Nacht — es jekt nu bald nich mehr.“

„Daben Sie denn keinen Arzt bei den Kindern, Frau Eigner?“ fragt teilnehmend der Expedient.

„J wo! — Wo soll'n wer denn det Geld dazu hernehmen? — Und bei'n Arzmdokter war id einmal, aber nie wieder.“

„Na, Schmidt, ham se Ihnen jestern och abgefaßt, die von de Kinderchutzkommission?“

„Aee — na mir soll'n se man kommen, die „Roten“! — Wodon soll id denn meine vier Jöhren ernähren? Die müssen alle mit ran.“

Eine Stunde später. — Eine Helferin der Kinderschutzkommission hat einen kleinen Knirps beim Zeitungstragen erwischt. Teilnehmend sucht sie Namen und Wohnung zwecks Rücksprache mit den Eltern zu erfahren.

Erstaunt blickte der kleine Junge zu der fremden Frau auf, die ihn, wie ihm gesagt wurde, nur dem Schuhmann übergeben wollte, und die nun doch so ganz anders war.

der Mutter drangen die Worte ins Herz; sie schäunte sich der harten Worte, mit denen sie die Frau angefahren hatte; sie empfand, daß die Frau sehr wohl wußte, wo der Schuh brühte.

Die zahlreich sind aber auch die Fälle, wo der beste Wille jener für eine gute Sache eintretenden Frauen an dem allzu großen Elend zusammenbricht.

Ein englischer Staatsmann sagte einst im vorliegenden Parlamente von der Baumwolle, daß sie in 90 Jahren drei Generationen englischer Arbeiter verschlingen hätte.

Kinder als Helfer bei den Blumentagen. Als der Blumentagsummel mit allen seinen Warten und Unarten auch in und um Berlin in vollster Blüte stand, hatten wir es gerührt, daß als Blumenverkäufer auch zahlreiche schulpflichtige Kinder zu bemerken waren.

Sollte der Blumentagsummel sich wiederholen, was wir nicht wünschen wollen, so wird man sich die Hinzuziehung von Kindern von vornherein energisch verbitten müssen.

Der Dienstbetrieb der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin, Regierungsbezirk Potsdam und Eisenbahn-Direktionsbezirk Berlin ist von Berlin, Pülowstr. 111, nach Charlottenburg, Berliner Str. 11, verlegt worden.

Die von der Landesversicherung eingerichtete Heilstätte für Geschlechtskranke in Lichtenberg ist aufgelöst worden. An ihrer Stelle ist auf dem Heilstätten-Grundstück bei Veelitz eine Station für Geschlechtskranke mit 20 Betten in einem besonderen Pavillon eingerichtet worden.

Der Ständebau für den Eisenbahnunfall bei Jüterbog ist gefunden. Der arme Weichensteller, der täglich bei 30 Grad Hitze Weichen zu stellen hat, die von mehr als 300 Jagen bewegt werden, wird die Suppe auslöfeln müssen, die man dem armen Teufel eingetrocknet hat.

Von der Hitze. Hitzschläge werden auch vom gestrigen Tage wieder gemeldet. Auf dem Alexanderplatz brachen die 70, 57 und 48 Jahre alten Arbeiter Louis Müller, Karl Ruppelberg und Gottlieb Wohlhjel zusammen.

An die Adresse der städtischen Straßenreinigung richtet sich folgende Zuschrift, die wir erhalten: „Wenn Reinlichkeit schon an sich eine Tugend ist, die jeder gestittete Mensch als Wohlstand empfindet und pflegen soll, so um so mehr, als es jetzt bei dieser abnormen Hitze jeder Mensch doppelt dringend empfindet, wenn überall peinlichste Reinlichkeit herrscht.“

Wie wohntuend wirkt es doch, wenn von den mit Wasser besprengten Straßen des Nordens der Staub durch die Keilmaschinen beseitigt ist; alle die Menschenfüße, welche bei diesen Hitzegraben sich tagtäglich durch die Straßenzüge winden müssen, werden es doppelt angenehm empfinden.

Passanten. Er zieht durch die geöffneten Fenster in die Wohnungen und ist so direkter Verbreiter von Krankheiten. Um diesem Standalösen Zustand, der nicht erst jetzt, sondern schon seit langer Zeit und auch schon in früheren Jahren beobachtet worden ist, bekümmert sich anscheinend niemand.

Es ist doch dringend zu wünschen, daß angefehlt der jetzt herrschenden Temperatur von den dazu berufenen Stellen alles nach Möglichkeit getan wird, um solchen Zuständen abzuwehren.

Betrugsversuch bei der Reichsbank. Betrügereien wurden soeben bei der Reichsbank entdeckt. Ein Hilfsarbeiter Wilhöfer hatte versucht, Depositscheine zu unterschlagen und einzulösen.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt wurde am Mittwochnachmittag 6 Uhr der Kutscher der Firma Walter, Schliemannstr. 40. Die Pferde des Wagens gingen in der Behr-Heilmannstraße durch, der Kutscher wurde vom Wagen geschleudert und über den Leib gefahren.

Durch einen Sturz in einen Lichtschacht ist in der vergangenen Nacht der 19 Jahre alte Chauffeur Max Kozel aus der Ebersstr. 84 tödlich verunglückt. Der junge Mann war früher Schornsteinfegerlehrling und wurde dann Kraftwagenführer bei der Sadmeberger Brauerei.

Vor der Tür seiner Geliebten erschossen hat sich der 41 Jahre alte Wäglar Gustav Schwarzer aus der Pappelallee 84. Seine Geliebte hatte ihm einen Korb gegeben und Sch. glaubte sich in die neue Situation nicht finden zu können.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, durch den eine einseitige Verkehrsstörung hervorgerufen wurde, ereignete sich am gestrigen Donnerstag am Kurfürstendamm. Dort fuhr gegen 1/2 5 Uhr nachmittags ein Zug der Linie 79 auf den an der Haltestelle Augsburger Straße haltenden Motorwagen 2051 der Linie 54 auf.

In einem Unfall von Wahnau versuchte gestern morgen gegen 7 Uhr die Arbeiterfrau Dilze im Hause Kastanienallee 75 ihren 13jährigen Sohn im Bett mit dem Veil zu erschlagen.

Eine unbekannte weibliche Leiche wurde vorgestern früh in der Dahme in der Nähe des Restaurants Ulrich aufgefunden und gelandet. Die Leiche war etwa 23 Jahre alt, ist 1,60 Meter groß, von stattlicher, voller Figur und hat blondes Haar.

Apollotheater. Trotz der Hundstage wird in unsern größeren Variétés lustig weitergespielt. Im Schwelche ihres Angesichts mühen sich die einzelnen Künstler, unter denen Akrobaten und Tänzerinnen die am wenigsten beneidenswerten Rollen zugewiesen sein dürfen.

Im P a s s a g e t h e a t e r ist der bekannte Groteskkomiker Rudolf Wäglar wieder obenau. Wäglar bringt seine Typen und Figuren in seiner drohigen schalkhaften Art mit so überwältigender Komik zur Geltung, daß das Publikum aus dem Lachen nicht mehr herauskommt.

fest erhört er drei, vier, fünfstellige Zahlen zur vierten, fünften und sechsten Potenz. Zum Schluss sagt er dem Publikum, wieviel Minuten jeder bis zum Tage gelebt hat und nennt auf jedes gefasste Datum aus der Geschichte das zur Zeit geschehene Ereignis. Daneben führt Mme. Wilson einen amüsanten Laubendessurteil vor und drei Korrespondenten Sistris Salzberg bringen ihre heimatischen Sänge und Tänze zur Anerkennung. Reichlich ist im Programm die Akrobatik und Gymnastik durch tüchtige Kräfte vertreten.

Der Partiewarenhändler Herr Max Pincus, Kaiser-Wilhelm-Straße 20, erucht um unter Bezugnahme auf die gestrige Notiz von der Festnahme eines schwarzen Bunde, doch er mit dem in jener Notiz erwähnten Partiewarenhändler Pincus nicht identisch ist.

Der Brandschaden bei dem Feuer im Medizinischen Warenhaus erstreckt sich fast ausschließlich auf die elektrische Abteilung und das Instrumentenlager, welches durch eigene Fabrikanlagen (Heißebezüge) sofort ergänzt werden kann. Die Abteilung für Krankenhausbetten, sowie die gesamten Ausstellungsräume für Medico-Mechanik, ferner die Verbrennstoffräume sind von Feuer und Rauch verschont geblieben. Der Betrieb wird in vollem Umfange aufrecht erhalten. Der Schaden, der sich auf circa 85 000 M. beläuft, ist durch Versicherung gedeckt.

Die Chronik der Waldbrände hat auch am gestrigen Tage wieder eine Bereicherung erfahren. Im Forst bei Raffensheide an der Berlin-Oranienburger Chaussee geriet eine ausgebreitete Schenung durch Selbstentzündung in Brand. Obwohl die freiwillige Feuerwehr der nächsten Ortschaft bald zur Stelle war, fiel doch eine größere Fläche Bäumebestand den Flammen zum Opfer. — Weitere Waldbrände entstanden bei Fürstenwalde und bei Birkborsdorf. In dem letzteren Falle glaubt man, daß böswillige Brandstiftung vorliegt. — Kleinere Forstbrände kamen in den Waldungen an der Ostbahn, in den Müggelbergen sowie im Joachimsthaler Forst zum Ausbruch. — Ferner wurden erhebliche Wiesenbrände durch Selbstentzündung hervorgerufen, wobei ganz empfindliche Schäden verursacht wurden.

Auch das Baden hat gestern wieder seine Opfer gefordert. So ertrank im Kollberger See der 23jährige Bergarbeiter Konrad Krause aus Schützenhöhe. K. war in überhitztem Zustand ins Wasser gegangen, so daß er einen Schlaganfall erlitt und den Tod in den Minuten fand. — Im Lehnitzsee fand ein unvorsichtiger Schwimmer, ein etwa 18jähriger Mensch, der sich weit über seine Kräfte in den See hinausgewagt hatte, den Tod durch Ertrinken.

## Vorort-Nachrichten.

### Nixdorf.

Der Raubmordfall, über den wir vorgestern berichteten, ist jetzt aufgeklärt. Jener junge Mann, der die Altständlerin Frau Gerth in der Thuringer Straße 4 unter Drohungen mit dem Revolver zu vergeblichen Suchen und ihr dann mehrere Sachen raubte, wurde gestern früh in dem Hause Brandenburgstr. 7 von der Nixdorfer Kriminalpolizei festgenommen. Es ist ein 24 Jahre alter Arbeiter Bernhard Schulze, der erklärte, daß er ganz betrunken gewesen sei. Er wisse nichts mehr. Was die Frau sage, werde wohl stimmen.

Ein aufregender Straßenausschlag ereignete sich Mittwochabend um 1/2 9 Uhr in Nixdorf auf dem Hermannplatz. Die bei dem Schlächtermeister Paul Linke, Hermannplatz 4, beschäftigte Verkäuferin Hildegard Klieber wollte den Platz überschreiten und wurde dabei von einem Wagen der Großen Berliner Straßenbahn erfasst und zu Boden geschleudert. Der in voller Fahrt befindliche Wagen konnte erst nach einigen Metern zum Halten gebracht werden. Das bewußtlose Mädchen wurde mit schweren äußerlichen Verletzungen unter dem Wagen hervorgezogen. Die Verunglückte wurde auf Wunsch ihres Gheß nach dessen Wohnung geschafft.

### Wilmerdorf-Salensee.

Stadtverordneten-Ergänzungswahlen. Der Magistrat von Wilmerdorf hat auf den 11. Oktober dieses Jahres drei Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung anberaumt. Da diese Wahlen in der dritten Abteilung und zwar in nicht ganz ungunstigen Verhältnissen, so werden auch unsere Parteigenossen zu ihnen Stellung zu nehmen haben. Es handelt sich zunächst um das Mandat des vor einigen Tagen verstorbenen Hausbesizers Dr. Vogeler, der den 9. Bezirk vertritt. Es ist dies derselbe Bezirk im alten Ortsteil, wo es unseren Parteigenossen im gemeinsamen Vorgehen mit den Demokraten am 3. November vorigen Jahres gelang, einen Sieg zu erringen. Sodann kommen im 10. Bezirk am Kaiserplatz zwei Mieterkandidaturen in Betracht. Der eine Vertreter dieses Bezirks, Stadtverordneter Klette, ist zur Stadtratswürde gelangt, während der andere Vertreter, Vieles mit Namen, nach auswärts verzogen ist. In diesem Bezirk schneit der von unseren Parteigenossen unterstützte demokratische Hausbesitzerkandidat voriges Jahr allerdings nicht so günstig ab, wie die Opposition im 8. und 9. Bezirk; indessen ist ja bekannt, daß die Sozialdemokratie sich durch anfängliche Mißerfolge noch nie hat einschüchtern lassen.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir schon jetzt darauf hin, daß die Wählerliste zur Stadtverordnetenversammlung vom 1. bis 15. September in Wilmerdorf öffentlich ausliegt. Es ist Pflicht jedes wahlberechtigten Parteigenossen am Ort, sich zu vergewissern, ob sein Name in der Liste verzeichnet ist. Näheres wird noch mitgeteilt.

### Schöneberg.

Zweierlei Maß. Der Arbeiter-Radsfahrerverein „Solidarität“ wollte, wie vor zwei Jahren, auch diesmal seinem am Sonntag, den 6. August, in den Reuen Rathausgassen, Weininger Str. 8, stattfindenden Stiftungsfeste eine Korsofahrt vorausgehen lassen, die sich durch den weniger belebten Teil Schönebergs erstrecken sollte. Es wurden Straßen mit nur ganz geringem Verkehr ausgesucht, so daß jede Verlethung von vornherein ausgeschlossen war. Diese Auslieferung wurde der Polizeibehörde eingereicht — und was nach vor zwei Jahren möglich war, ohne daß Schöneberg deshalb eingeleitet wäre, was jedem Schützen- und Radsportverein anstandslos genehmigt wurde — selbst die verkehrreiche Hauptstraße konnte benützt werden — das wurde den Arbeiter-Radsfahrern verweigert. Verkehrstechnische Gründe mußten herhalten, um die Verlegung der Genehmigung zu begründen.

„Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.“ Dieser Standpunkt des verstorbenen Justizministers Schönstedt wird noch heute von den Behörden geteilt.

Unserer Bewegung wird durch eine solch kleinliche Nadelstichpolitik nicht geschadet.

### Friedenau.

Sturz in einen Keller. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am gestrigen Nachmittag ereignet. Der zwölfjährige Erich Paul, der Sohn eines Lauterstr. 20 wohnenden Steinlegers, war von seiner Mutter in das in derselben Straße belegene Futtergeschäft von Metzger geföhrt worden. Der Kleine überließ eine im Laden befindliche, nach dem Keller führende offenstehende unvergitterte Falltür und stürzte mehrere Meter in den Keller hinab. Der Kleine wurde bewußtlos aufgefunden und in sehr bedenklichem Zustand nach dem Krankenhaus in Belg gebracht, wo ein komplizierter Schädelbruch, sowie schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Es sind sofort polizeiliche Ermittlungen eingeleitet worden, woran dem Unfall die Schuld trägt.

### Friedrichshagen.

Die Arbeiter-Samariterkolonne errichtet bis auf weiteres jeden Sonntag am Friedrichs-Müggelsee eine Hilfstation. Wie notwendig die Einrichtung ist, beweist der letzte Sonntag, wo von der Kolonne in über 50 Fällen Hilfe geleistet wurde, darunter waren 19 Schwundwunden, durch Maschineller und Konfektbäckerei herbeigeföhrt, die rucklose Hände ins Wasser getaucht hatten.

### Hohen-Schönhausen.

Den Gemeindevorstand haben die Parteigenossen als erste eröffnet. Der Wahltag ist zwar noch nicht bekannt, doch steht fest, daß die Wahl in abernächster Zeit ausgeschrieben wird. In einer zu diesem Zweck abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Klotz über „kommunale Aufgaben“. Das von großer Sachkenntnis zeugende Referat fand starken Beifall. In der Diskussion nagelten die Genossen Obermeier und Hünje das Verhalten der Bürgerlichen fest, welche in einer von den Sozialdemokraten geföhrt Protestation die radikalsten Forderungen aufstellten und jetzt so überaus kleinlaut geworden sind. Die Gegner haben bisher über ihre Maßnahmen noch nichts verlauten lassen, doch tragen sie sich mit den größten Hoffnungen, die dritte Klasse zu erobern. Diese Hoffnung muß den Gegnern zuwanden gemacht werden. Wir müssen bei dieser Wahl, welche nach der Eingemeindung des ehemaligen Gutsbezirks stattfindet, eine Stimmzahl auf unsere Kandidaten Meyer, Engel und Stebenwitz erreichen, daß den Bürgerlichen für die Zukunft die Luft vergeht, sich überhaupt noch an den Wahlen in der dritten Klasse zu beteiligen. Darum, Parteigenossen, heißt es, für die nächste Zeit alle Kräfte bereit halten.

### Vorgedors.

Es geht vorwärts! Am Sonntag, den 30. Juli, konnte hier die erste öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Dem eifrigen Bemühen unserer Genossen war es gelungen, einen Grundbesitzer zur Vergabe einer Parzelle zu bewegen. Obwohl der Aufenthalt in der sengenden Sonnenhitze keineswegs zu den Annehmlichkeiten gehörte, waren etwa 250 Personen aus Vorgedors und den umliegenden Ortschaften dem Rufe der Bezirksleitung geföhrt, um an der Versammlung teilzunehmen. Nach einem stimmungsvollen Viede des Arbeitergesangsvereins von Wixtenwerder hielt Genossin Frau Matzke ihren Vortrag über: „Grundzüge, Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Außer den beiden überwachenden Beamten waren noch der Herr Amtsvorsteher Kühn und ein Kriminalbeamter erschienen und verlangten während des Vortrages die Entfernung einiger Kinder, die durch ihre Anwesenheit das Vaterland in Gefahr brachten. Nach einigen drastischen Bemerkungen des Vorsitzenden wurde dem entprochen. An das Referat schloß sich eine Diskussion nicht an. Nachdem die Arbeiterjungen nach die Arbeitermarkeilaise geungen, wurde nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

### Mittenwalde.

Vater und Kind ertrunken. Ein tragischer Vorgang ereignete sich auf der Kronen-Biegel bei Mittenwalde. Der Ziegelmeister Gödel hatte sich selbst ein jahrelanges Fahrzeug zurecht gezimmert, um damit auf der ausgebeuteten Longrube fahren zu können. Als er nun mit seiner zehnjährigen Tochter Charlotte eine Straße auf die Wasserfläche hinausgefahren war, kippte das Fahrzeug plötzlich um und beide Personen stürzten in die Fluten. Die am Ufer stehende Ehefrau des G. mußte nun Augenzeuge sein, wie ihr Mann und ihre Tochter den Tod im Wasser fanden. Vergeblich versuchten sich die beiden an dem primitiven Fahrzeug anzuklammern, doch ohne Hilfe zur Stelle sein konnte, waren beide in der Tiefe verschwunden. Die Leichen der Ertrunkenen konnten bald darauf geborgen werden.

### Rossen.

Erhängt. Mittwoch früh wurde der über 70 Jahre alte Rentempfang Otto in der Studienrauchstraße an einer Telegraphenstange erhängt aufgefunden. Nahrungsvorgen sollen den Mann in den Tod getrieben haben. Allgemeine Verwunderung erregte die Tatsache, daß der tote den ganzen Vormittag bis ungefähr 1 Uhr bei der glühenden Sonne, das Gesicht nur mit einigen Baumzweigen verdeckt, bei der Unglücksstelle liegen bleiben mußte.

## Aus aller Welt.

### Explosion in einer Hamburger Fabrik.

Eine schwere Explosion ereignete sich Donnerstag gegen Mittag in den Wandsbeker Hartsteinwerken von Wulff und Stabenow. Die Explosion eines 16 Meter langen Dampfessels erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Deckel des Kessels unter Berührung von Gebäudeteilen über die Straße hinwegflog und ein gegenüberliegendes Haus derart demolierte, daß es einzustürzen droht. Einem vor überfahrenden Radfahrer wurde durch einen abgeprungenen Eisenstück der Kopf zerschmettert. Unter den Trümmern der Werke wurden zwei Tote, vier Schwerverletzte und vier Leichtverletzte hervorgezogen. Ob sich noch weitere Verunglückte unter den Trümmern befinden, konnte bisher nicht festgestellt werden. — Die Unglücksstätte bietet ein Bild der grauenhaftesten Verwüstung. Die Telegraphen- und die Telefonleitungen sind zerrissen und Bäume sind entwurzelt worden. Weißer Kalkstein bedeckt den Boden, als wenn eine Mühle in die Luft geflogen wäre.

### Unmenschliche Behandlung einer Frau.

Ein merkwürdiger Fall von Verwahrlosung wird aus Reuditing berichtet. Seit 10 Jahren befand sich die nunmehr 44 Jahre alte und geistesschwache Franziska Huber auf Kosten ihrer Heimatgemeinde Loging bei den Kagenichtungschen Eheleuten in Pflege. Da man die Person seit Jahren nicht mehr gesehen hatte und im Orte Gerüchte über ein Verbrechen umgingen, wurde die Gendarmerie mit der Nachforschung beauftragt. Das Ergebnis der Untersuchung war entsetzlich. Die Unglückliche befand sich in einem engen unmobilierten Raum, der von keinerlei Licht erhellt wurde und von Schmutz starrte. Die arme Dösel, die unfähig war, sich zu bewegen, lag auf einem Strohlager ohne jegliche Bekleidung und im eigenen Kot. 10 Jahre lang mußte die Unglückliche in diesem Raum, in dem ein entsetzlicher Modergeruch herrschte, zubringen. Das unglückliche an der ganzen Sache aber ist, daß die Aufgebundene die Schwärze ihrer Pflegerin ist. Die unglückliche Kranke, die vor Schwäche kein Wied röhren kann und das Tageslicht nicht mehr verträgt, wurde ins Krankenhaus gebracht.

### Die Hitze in Belgien.

Die Hitze hat gestern weitere Unfälle verursacht. Im Laufe des Tages sind 20 Personen vom Oigschlage getroffen worden; 5 nahmen einen tödlichen Verlauf. Infolge der Hitze ist von den verschiedenen Ministerien verfügt worden, daß sich die Arbeitszeit der Bureaubeamten auf vormittags von 7—12 Uhr beschränken solle. Verschiedene Gemeindeverwaltungen haben ähnliche Anordnungen erlassen. Festige Bewitter sind gestern im Norden von Belgien niedergegangen; der Wly hat vielfach geknallt. In Ostende macht sich ein Mangel an Eis zur Verpackung von Fischen bemerkbar. In Wetteren und Umgebung fehlt es an Wasser, so daß verschiedene Industriebetriebe, speziell die Textilindustrie, ihre Arbeiten einstellen müssen. Hierdurch wurden 1500 Arbeiter beschäftigungslos.

### Gebildet, gesund, robust und vorurteilsfrei.

Auch eine Folge der abnormen Hitze dürfte ein Insekt der Frau Wehmann H. (der volle Name ist uns leider nicht bekannt geworden) sein, das sich in der „Vorl. Verzeil.“ befindet und wie folgt lautet:

„Welche alleinlebend, gebildete Dame, gesund, robust, wäre vorurteilsfrei genug, Bekleidung und Reinigung eines Wohnwagens bei einer Schriftstellerin zu übernehmen? Zeichnerische Fähigkeit, Maschinennähen nötig. Näheres bei Frau Geh. H. H. — Str.“

Dame, Schrubber und Beisenstift — wie reimt sich das zusammen?

### Ein Kulturbild!

Auf der Westküste Afrikas, in St. Pierre, waren zwei Banditen zum Tode verurteilt. Die Guillotine, mit der die Banditen getötet werden sollten, ist 110 Jahre alt und war von Napoleon nach der Kolonie geföhrt worden, als dieser dort kam.

Da kein Scharfrichter zur Hand war und niemand in der Kolonie dieses Vantes waltete, entschloß sich der Gouverneur, das Anerbieten eines belagerten Malbrouc anzunehmen, der die Hinrichtung vornehmen wollte.

Der eine der Verurteilten, Sitorome, ging übermütig zum Schöfott, nachdem er Brot und Juter gegessen hatte. Er scherzte mit dem Scharfrichter, sang ein Lied aus der Heimat und legte seinen Kopf unter das Halbheil.

Der Verurteilte Fontaine, erst 28 Jahre alt, zitterte vor Schreck und war vollständig betäubt, auch dachte er wieder daran, sich zu verteidigen, noch dagegen zu protestieren, als man ihm die Hände fesselte. Als er auf das Brett gelegt wurde, koppelte er und wollte seinen Kopf aus dem Loch, das denselben fesselt, herausziehen. Dadurch wurde, als das Well fiel, nur ein Teil seines Halses durchschnitten. Um den ganzen Kopf abzuschlagen, mußte der „Scharfrichter“ mit einem Handbeil nachhelfen und so die Hinrichtung beenden!

Das geschah im Jahre des Heils 1911 in einer Kolonie des zivilisierten Frankreich!

### Kleine Notizen.

Bootsunglück bei Sellin. Gestern ertranken vor der Seebrücke in Sellin zwei Zimmermädchen und der Postbote Alfred Koch aus Stralsund, die zusammen mit dem Hausdiener der Villa Magdalene eine Bootsfahrt unternommen hatten. Beim Bläsewechsel lenkte das Boot, der Hausdiener hielt sich am Vorderrand fest und wurde gerettet.

Auf der Kleinbahnstrecke Gletwitz-Ratibor stürzte zwischen Schmögen und Reha eine Drassine um, auf der mehrere Arbeiter die Strecke abfuhr. Einer blieb tot, drei wurden schwer verletzt.

Autounfall. Aus Eibersfeld meldet ein Telegramm: In der vergangenen Nacht rannte ein mit sechs Personen besetztes Automobil in Waresbeck infolge schnellenfahrens an einen Baum an und wurde vollständig zertrümmert. Die sechs Insassen erlitten teils schwere Verletzungen.

Festsetzung. In Grandville stürzte einem Telegramm aus Paris zufolge, ein Teil des Rüstensystems in der Nähe des Kasinos in sich zusammen und versperrte den Zugang zu diesem vollständig. Eine Anzahl Telegraphen- und Telefonleitungen wurden umgerissen. Vor dem Eingange des Kasinos liegen circa 500 Frauen Geröll. Glücklicherweise waren zu der Zeit des Einsturzes keine Menschen in dem vollständig verschütteten Verkaufsräum für Eintrittskarten zu dem Kasino.

Gruffener. Aus Parake wird von gestern gemeldet: Ein Brand zerstörte vollständig den Materialschuppen der deutschen Hafenanstalt. Die Wohnräume der Angestellten blieben vom Feuer verschont. Der spanische Kreuzer „Cataluna“ schiffte eine Abteilung zur Hilfeleistung aus.

Ein Brandunglück hat sich in Driesen (Potsd.) zugetragen. In dem dortigen Hotel „Zum schwarzen Adler“ hatte der Grundbesitzer Albert Otto aus Berlin Wohnung genommen. O. zündete in seinem Zimmer ein Licht an und legte sich halbentkleidet auf die Chauffelounge, wobei er einschloß und jedenfalls die brennende Kerze ungestört. Als O. erwachte, fand das Zimmer vollständig in Flammen und auch seine Kleider waren bereits vom Feuer ergriffen worden. Mit Aufbietung seiner letzten Kraft schleppte er sich bis zur Tür und rief um Hilfe. Als der Besitzer und die Angestellten des Hotels herbeieilten, fanden sie den Gast als Leiche vor; er war zum Teil völlig verkohlt.

### Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin.

1. Frederichsdorf, Bruchmühle, Hohes Riech, Gegendort, Stenmizer, Abfahrt Alexanderplatz 7,19, Schif. Bf. 7,19 nach Frederichsdorf. — 2. Strausberg, Tammengrund, Sittenhof, Bf. Alexanderplatz 12,23, Schif. Bf. 12,23 nach Strausberg.

Ein 8-tägige Tour wird durch den Thüringer Wald veranstaltet. Abfahrt am 27. August, vormittags 9,30 nach Jena. Parteigenossen und Genossinnen, die gewillt sind, daran teilzunehmen, erhalten Auskunft durch E. Höfelbarth, Petershofen (Ordnung) und Rud. Müller, Charlottenburg, Dankebaumstr. 47.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderausflug am 6. August nach: 1. Friedrichsvalde, Joachimsthal. Abfahrt 6 Uhr Steilner Hauptbahnhof. (Da diese Tour eine Katalankontour, ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.) 2. Siedel und Badetur nach Rathsdorf, Müggelsee, Rauensteiner Mühle. Abfahrt 12,23 Uhr Schif. Bf. Bahnhof.

Marktpreise von Berlin am 2. August 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Volksgesundheitsamts. Marktpreise (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 30,00—30,00. Linen 20,00—20,00. Kartoffeln 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchstück 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,20. Hammelfleisch 1,60—2,20. Butter 2,30—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Kartoffeln 1,40—2,40. Rote 1,60—3,20. Jander 1,60—3,60. Getreide 1,20 bis 2,80. Parade 1,60—2,00. Schafel 1,40—3,50. Blei 1,40—1,50. 60 Stück Stroh 2,00—3,00.

### Orts-Krankenkasse der Vergolber und Berggenossen.

Die 6. Abänderung des Statuts ist vom Bezirksausschuss genehmigt und tritt laut Beschluß des Vorstandes am 7. August d. J. in Kraft. Das Statut wird danach von 50 auf 60 Prags erhöht, Abnehmerinnen, Geborenen und Familienangehörigen, Strohgebürt. Eintragsgeld wird nicht mehr erhoben. 277/20 Der Vorstand.

### Von der Reise zurück [18/12] Dr. Ernst Geberl, Arzt für Hautleiden etc., Lindenstr. 7.

Syphilis-Nachweis in allen Fällen, u. veraltet, zwischhaft. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; besgl. Haut- (besgl. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Stuhlanalysen. Dr. Homayr & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 129, zw. Kronen- und Mohrenstraße, I. 8724. Verz. Adgipr. hist. u. foliat. Geöffnet von 8—8 Sonntags von 12—1.

### Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)

Wir empfehlen: Franz Mehring

### Deutsche Geschichte Vom Ausgange des Mittelalters

Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende

Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark